

Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, rassistische Aufmärsche und menschenverachtende Hetze in den Sozialen Netzwerken: Deutschlandweit ist derzeit eine erschreckende Entwicklung zu beobachten, bei der Flüchtlinge zum Ziel von Vorurteilen, Hetze und Gewalt werden. Der Hass auf Flüchtlinge ist ein konstantes Element der rechten Szene.

DIE BRANDSTIFTER

Rechte Hetze gegen Flüchtlinge

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Die vorliegende Broschüre deckt die Akteure und Strategien der geistigen Brandstifter auf und zeigt anhand konkreter Beispiele, wie die rechte Mobilisierung on- wie offline funktioniert. Zudem wird deutlich, welchen großen Stellenwert eine aktive Zivilgesellschaft hat. Zuletzt gibt es Tipps, was jeder einzelne gegen die rassistische Hetze machen kann: für eine angstfreie und demokratische Gesellschaft.

DIE BRANDSTIFTER

Rechte Hetze gegen Flüchtlinge

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Inhalt

Einleitung: Keime des Hasses	4
Facetten der Gewalt – eine Chronik in Auszügen	7
NPD, Neonazis, Rechtspopulisten: Akteure und Strategien der Mobilisierung	11
Zwischen »radikaler Seriosität« und offener Hetze: Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte	14
Berlin-Hellersdorf: Bugwelle aus Vorurteilen	14
Schneeberg: 2.000 Menschen auf der Straße gegen Flüchtlinge	18
Bremen: Rassistische Eskalation bei einer Bürgerversammlung	20
Neonazis im Netz	23
Mindmap: Reizthema »Flüchtlingsheim«	28
Politik, Medien und Zivilgesellschaft – nicht alles ist wie früher	29
»Asylsuchende werden als rechtlose, als illegale Menschen betrachtet«	33
»Das Leiden der Betroffenen darf nicht weggeredet werden«	35
Nazis mit Engagement in die Defensive bringen – das Beispiel Wandlitz	39
Was tun gegen rassistische Hetze?	42

Herausgeber

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin
Telefon: + 49 (0)30. 240 886 10
Fax: + 49 (0)30. 240 886 22
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 160624
60069 Frankfurt/M.
proasyl@proasyl.de
www.proasyl.de

Redaktion

Günter Burkhardt, Andrea Kothen, Alice Lanzke, Timo Reinfrank, Alena Thiem

Autorinnen

Lucia Bruns, Alice Lanzke, Marie Moeller, Laura Piotrowski

Bildnachweise

Umschlag: Anti-Nazi-Demonstration in Schneeberg am 16.11.2013, Foto Ralf Harde, picture-alliance/Geisler-Fotopress, picture-alliance/dpa (S. 8, 11, 16, 18), picture-alliance/Geisler-Fotopress (S. 12, 17), Screenshots (S. 23, 24, 25, 27), Mindmap Alina Valjent (S. 28), Lucie Marsmann (S. 33), Gemeinde Wandlitz (S. 41)

Gestaltung

 Design

Druck

Druckzone, Cottbus

Einleitung: Keime des Hasses

»Das Gefühl ist nackte Angst. Alle Flüchtlinge kennen die Geschichten von brennenden Asylbewerberheimen, viele machen Gewalterfahrungen.«

(Elisabeth Ngari, 1996 aus Kenia geflüchtet, auf die Frage, wie Flüchtlinge rechtsextreme Demonstrationen vor Heimen erleben.)

Ein lauter Knall, ein Knacken und das Geräusch von splitterndem Glas: In der Silvesternacht 2013 werden die Bewohnerinnen und Bewohner des Flüchtlingsheims in Berlin-Hellersdorf von Geräuschen erschreckt, die nichts mit dem Feuerwerk zum Jahreswechsel zu tun haben. Unbekannte haben ganze Knallerbatterien an die Türen der Unterkunft geheftet und gezündet. Einen Tag zuvor hatte es bereits einen Angriff auf das Büro von »Hellersdorf hilft« gegeben – dennoch war keine Zivilpolizei vor Ort. Nur wenige Tage später gibt es eine neue Attacke auf die Asylunterkunft: Zwei Männer und eine junge Frau randalieren vor dem Gebäude, hinterlassen Aufkleber mit rassistischen Parolen an der Fassade.

Ortswechsel. In Germering bei München entgehen eine Woche nach der Silvesternacht die Bewohnerinnen und Bewohner einer Unterkunft nur knapp der Katastrophe: Unbekannte stecken das Gebäude nachts in Brand, einer der Heimbewohner bemerkt die Flammen und kann die anderen neun Flüchtlinge wecken. Er rettet so ihr Leben.

Die Angriffe in Berlin und Germering illustrieren eine deutschlandweit erschreckende Entwicklung: Die Zahl von Straftaten mit einer Asylunterkunft als Tatort oder Angriffsziel stieg von 24 im Jahr 2012 auf 43 bis Ende November 2013. Damit hat sich die Zahl rechtsextremer Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte 2013 gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt. Dies ergibt sich aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linken-Fraktion (BT-Drs. 18/121). Den Recherchen des ARD-Magazins *Report Mainz* zufolge gab es im ganzen Jahr 2013 21 Anschläge auf Unterkünfte für Flüchtlinge, mindestens sieben davon wurden nach Kenntnis der Amadeu Antonio Stiftung mit Brandbeschleunigern verübt.

Kontinuität und Aufflammen von Rassismus

Rassistische Gewalt ist eine traurige Konstante auch in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik. Rassistische Gewalttaten gibt es immer wieder an verschiedenen Orten in Deutschland – sie richten sich nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern auch gegen vermeintliche »Ausländer«, Obdachlose, Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden oder andere Menschen, die von den Auswirkungen rechtsextremer Ideologie betroffen sind. Das Ausmaß und die Intensität, mit der Asylsuchende zur Zielscheibe von Rassismus werden, nehmen derzeit jedoch sprunghaft zu.

Wo heute neue Flüchtlingswohnheime entstehen, geraten Asylsuchende nicht zuletzt auch ins Visier der geistigen Brandstifter: In vielen Orten der Republik versuchen Neonazis, rechtspopulistische Parteien oder von Hass getriebene Einzelpersonen das Klima aufzuheizen und Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen – sei es nun in Hellersdorf, Greiz oder Schneeberg.

Mit und ohne Tarnkappe: Rechte Aktionsformen

Wer sind die Akteure rassistischer Hetze und Gewalt in Deutschland? In mehreren Städten gründeten sich nach dem Muster der rechtsextremen »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« anonym auf Facebook agierende selbst ernannte »Bürgerinitiativen«, die ohne Name, Telefon, Anschrift, Impressum und Kontaktperson gegen eine Flüchtlingsunterkunft mobil machen. Nach Bedarf werden im sozialen Netzwerk Facebook immer wieder neue regionale, anonyme Profile erstellt, die dem Aufbau rassistischer Netzwerke und der nicht-öffentlichen Verabredung über Facebook-Mailings zu »spontanen« Aktionen und Demonstrationen gegen Flüchtlinge dienen. Auf den Facebook-Seiten werden sodann die »spontanen« Aktionen dokumentiert.

Hinter den vermeintlichen »Bürgerinitiativen« stehen oft Akteurinnen und Akteure aus der NPD sowie rechts der NPD agierende Netzwerke des »Nationalen Widerstandes«. Junge, gewaltbereite Mitglieder rechter Kameradschaften mischen im Hintergrund ebenso mit wie parteiunabhängige Einzelpersonen, die als »Lokalgrößen« die Stimmung im Ort beeinflussen können. Die »Bürgerinitiativen« distanzieren sich formal von der NPD, um Offenheit für interessierte Anwohnerinnen und Anwohner zu demonstrieren – obwohl sie organisatorisch und personell eng verbandelt mit organisierten Rechtsextremen sind. Daneben hetzen auch die rechtspopulistische Pro-Bewegung (»Pro NRW«, »Pro Deutschland«) ebenso wie die Neonazi-Partei »Die Rechte« gegen Geflüchtete und deren Unterbringung (S. 11).

Das konstante Element der rechten Szene ist der Hass gegen Flüchtlinge: Er wirkt als eines der identitätsstiftenden Momente all ihrer Gruppierungen. Dieser Hass ist gefährlich, seine ungehemmte Äußerung findet fast zwangsläufig menschenverachtende und gewalttätige Ausdrucksformen.

Neonazis suchen gezielt durch aktuelle Themen Anschluss an die breite Gesellschaft. Ihre Aktivitäten reichen dabei von der Umsetzung strategischer Konzepte, die den Anschein »radikaler Seriosität« haben, bis hin zu offener Hetze. Die Vorfälle in Schneeberg und Berlin-Hellersdorf machen die angewandte Strategie der Bürgerlichkeit deutlich – mit unterschiedlichem Erfolg. Während die Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern in Hellersdorf größtenteils gescheitert ist, gelingt es der NPD in Schneeberg, sich mit ihren rassistischen Forderungen mitten in der Gesellschaft zu verankern.

Für einen umfassenden Blick auf die Situation ist es auch notwendig, die Formen der Kommunikation und Koordination miteinzubeziehen (S. 23). Facebook wird zu einem Kern der Organisationsstruktur, wenn es um Hetze gegen Flüchtlinge geht. Hier finden sich Seiten mit unverhohlener Hetze gegen Geflüchtete, aber auch Seiten, die versuchen, ein bürgerliches Image zu verbreiten.

Die Zivilgesellschaft macht den Unterschied

Der Rassismus, der bei den aktuellen Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte sichtbar wird, ist nicht neu geboren, sondern speist sich auch aus einer langen Kette vorheriger rassistischer Erfahrungen und Bilder, die zusammengesetzt eine feindliche Haltung gegenüber Flüchtlingen bilden. Dort, wo die rassistischen Proteste aufkommen, gab es auch schon zuvor menschenverachtende Stimmen und Vorurteile, die nicht nur in der extremen Rechten, sondern auch mitten in der Gesellschaft verankert sind. Im Interview macht Prof. Dr. Andreas Zick das erschreckende Ausmaß von gruppenbezogener Men-

schenfeindlichkeit als gesamtgesellschaftlichem Problem deutlich und verweist zudem auf die wichtige Rolle der Aufnahme- und Integrationspolitik (S. 33).

Entscheidend ist, wie weit »Fremden«-Hass und rechte Propaganda in die Gesellschaft hineinwirken können und wie weit Bürgerinnen und Bürger sowie die Politik (vor allem in Wahlkampfzeiten) den Rechten entgegen kommen – oder ob die Gesellschaft das ungehemmte Ausleben von Hass und Rassismus frühzeitig in die Schranken weist. Ein Blick zurück in die 1990er Jahre zeigt, dass nicht alles ist wie damals, als Politik und Medien in einer emotional stark aufgeladenen öffentlichen Debatte die steigenden Asylzahlen zur gesellschaftlichen Bedrohung stilisierten (S. 29).

Gleichwohl wandern Politikerinnen und Politiker von Parteien wie der »Alternative für Deutschland« (AfD) heute in ihrem Populismus auf einem dünnen Grat in gefährlicher Nähe zum rechten Rand. Unter den etablierten Parteien fällt die CSU besonders auf: Zu Jahresbeginn 2014 schürten CSU-Vertreter Ängste vor einer angeblichen Masseneinwanderung von »Armutsmigranten aus anderen EU-Staaten« – obwohl es für derlei Szenarien bundesweit keine empirischen Belege gibt. Die Panikmache gipfelte in dem populistischen Slogan »Wer betrügt, der fliegt«. Obwohl sich diese menschenverachtende Parole auf die vermeintlichen Folgen der EU-Freizügigkeit bezog und eben nicht auf das Thema Asylsuchende, vermengte sie sich in vielen Köpfen mit der aktuellen Flüchtlingsdebatte.

Zu einem vollständigen Blick auf die Situation gehört schließlich der vorhandene und teils deutliche Widerstand gegen rassistische Proteste und Hetze gegen Geflüchtete. An vielen Orten gibt es zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, engagierte Bewohnerinnen und Bewohner, Kirchen, Kultureinrichtungen, sowie Politikerinnen und Politiker, die sich erfolgreich gegen die rassistische Mobilisierung positionieren und sich mit den Flüchtlingen solidarisieren. In einem Interview mit Mathis Oberhof, dem Koordinator des »Runden Tisches für Toleranz« in Wandlitz, wird aufgezeigt, wie eine rassistische Stimmung gekippt und den ankommenden Flüchtlingen auf Augenhöhe begegnet werden kann (S. 39). Wandlitz steht beispielhaft dafür, wie eine Struktur für die Unterstützung von Flüchtlingen und gemeinschaftliche Positionierung gegen Rassismus aussehen kann.

Ohne das Engagement der lokalen Institutionen und der Politik ist der Widerstand gegen neonazistische Bestrebungen vor Ort nicht einfach: Nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Menschen, die Flüchtlinge unterstützen, werden bedroht. Das lässt sich nicht zuletzt im Internet beobachten: Userinnen und User, die hier zu erkennen geben, dass sie sich für Geflohene engagieren, sehen sich nicht selten massiven Verbalattacken ausgesetzt. Umso riskanter wird es, wenn sich diese Einschüchterungsversuche in die Offline-Welt übertragen. Die Dunkelziffer für rassistisch motivierte Straftaten ist groß. Dies liegt auch daran, dass Opfer häufig aus Angst, Unkenntnis oder mangelnder Unterstützung auf eine Anzeige verzichten, wie Christina Büttner von der Opferberatungsstelle ezra im Interview beschreibt (S. 35).

Insofern ist der Einsatz für die Menschenrechte von Flüchtlingen und anderen potenziellen Opfern rechter Ideologie auch ein Einsatz für ein angstfreies und demokratisches Gemeinwesen.



Facetten der Gewalt – eine Chronik der Jahre 2013 und 2014 in Auszügen

In Deutschland werden immer mehr gewalttätige Angriffe auf Flüchtlinge gezählt. Auch die rassistische Hetze nimmt zu – ob im Internet oder auf der Straße. Die Chronik der Gewalt zeigt auf erschreckende Weise, dass Onlinehetze auch zu tatsächlichen Angriffen auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte führt. Schon 2013 war laut Bundeskriminalamt die Anzahl der Gewalt- und Propagandadelikte auf mehr als das Doppelte gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Eine alarmierende Entwicklung, die sich im Jahr 2014 fortsetzt.

29.01.2013 Chemnitz (Sachsen)

Bei einem Anschlag auf das Heim am Adalbert-Stifter-Weg in Chemnitz-Ebersdorf wird ein Müllcontainer in Brand gesetzt, mehrere Dosen gegen Fensterscheiben geworfen und Parolen skandiert. In Folge werden von der Polizei drei Tatverdächtige festgestellt. Eine Person wird durch den Anschlag verletzt. Gegen die Tatverdächtigen wird wegen des Verdachts der Brandstiftung und der Volksverhetzung ermittelt.

Quelle: Wachsam-in-Chemnitz

19.03.2013 Wehr (Baden-Württemberg)

Unbekannte Täter schütten Brandbeschleuniger auf die Stufen einer Holzterrasse der dortigen Asylunterkunft und zünden diese mit Zeitungen an. Den Bewohnerinnen und Bewohnern gelingt es, das Feuer auszutreten.

Quelle: Südkurier

07.06.2013 Rostock (Mecklenburg-Vorpommern)

Ein Flüchtling aus Honduras wird auf dem Heimweg in der Rostocker Innenstadt aus einem Auto angegriffen. Zunächst versperrt ihm der PKW den Weg. Anschließend stürmen zwei Personen aus dem Auto und beschimpfen ihn. Dann schlagen und treten sie auf ihn ein.

Quelle: LOBBI

20.08.2013 Schmiedeberg (Sachsen)

Eine Gruppe Männer greift in Schmiedeberg einen Asylsuchenden auf seinem Weg vom Supermarkt zurück in die Sammelunterkunft an. Die Männer schlagen ihm zunächst von hinten mit einem Knüppel auf den Kopf und schlagen und treten dann weiter auf ihn ein. Der Betroffene wird bewusstlos und muss im Krankenhaus behandelt werden.

Quelle: RAA Sachsen



*Blick auf die Tür der Asylunterkunft in Sangerhausen nach dem Brandanschlag am 6.1.2007
(Foto: Uwe Gellert)*

31.12.2013 Marzahn-Hellersdorf (Berlin)

Unbekannte befestigen Knaller-Batterien an den Türen des Flüchtlingsheims in der Carola-Neher-Straße und beschädigen die Glasscheiben zweier Türflügel. Menschen werden nicht verletzt. Der polizeiliche Staatsschutz übernimmt die Ermittlungen, weil ein politisches Motiv der Tat nicht ausgeschlossen ist.

Quelle: rbb online

01.01.2014 Borna (Sachsen)

Ca. 15 Nazis attackieren in der Silvesternacht die Notunterkunft von 30 Asylsuchenden mit Böllern, Raketen und anderem Feuerwerk. Die Polizei verhindert Schlimmeres und bleibt die restliche Nacht vor Ort.

Quelle: Bon Courage e.V.

04.01.2014 Söhre (Niedersachsen)

Acht junge Männer überfallen nachts eine Roma-Familie in ihrer Wohnung, schlagen sie und bedrohen sie mit der Pistole. Sie stehlen 1300€ die die Familie als Asylbewerber/innen ohne Möglichkeit eines Bankkontos zu Hause verwahrt. Der Vater beschreibt die Täter als Neonazis, von denen einige Glatzen und Springerstiefel tragen.

Quelle: die tageszeitung

08.01.2014 Germering (Bayern)

Am frühen Morgen stecken Unbekannte ein Gebäude an, in dem auch zehn Flüchtlinge wohnen. Sie können vor den Flammen ins Freie flüchten, da einer der Bewohner den Brand rechtzeitig entdeckt. Im gesamten Komplex leben 60 Menschen. Die Feuerwehr kann die Ausbreitung der Flammen auf die Zimmer der Flüchtlinge verhindern.

Quelle: Süddeutsche Zeitung

12.01.2014 Wohratal (Hessen)

Vier Jugendliche dringen in die Asylunterkunft in Wohratal ein und verwüsten sie. Zunächst beschädigen sie alle Jalousien im Erdgeschoss, dann verschaffen sie sich Zutritt und treten mehrere Türen ein. Die verängstigten Bewohnerinnen und Bewohner verständigen die Polizei, eine schwangere Frau muss wegen der Aufregung in einem Krankenhaus behandelt werden. Die Täter können gefasst werden und geben den Angriff nach anfänglichem Leugnen auch zu.

Quelle: Frankfurter Rundschau

13.01.2014 Heiligenhaus (Nordrhein-Westfalen)

Am Flüchtlingsheim wird ein Sofa und Hausrat in Brand gesetzt. Im Heim wurden zuvor die Feuerlöscher ausgeleert und Brandmelder zerstört. In den vorangegangenen und in folgenden Nächten werden wiederholt Müllbehälter am Flüchtlingsheim in Brand gesteckt.

Quelle: Der Westen

01.02./02.02.2014 Gerstungen (Thüringen)

Je Samstag- und Sonntagnacht werden die Scheiben einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge eingeworfen. Die Kriminalpolizei nimmt die Ermittlungen gegen Unbekannt auf.

Quelle: inSüdthüringen.de

07.02.2014 Hoyerswerda (Sachsen)

Zwei Tage nachdem die erste Asylunterkunft in Hoyerswerda nach den rassistischen Pogromen 1991 eröffnet wurde, wird ein marokkanischer Heimbewohner auf dem Marktplatz attackiert. Ein Fahrradfahrer schlägt ihn auf den Hinterkopf und anschließend in die Nierengegend. Weil der Geflüchtete den Täter fotografierte, konnte die Polizei den Täter als bekannten Neonazi identifizieren.

Quelle: MDR

13.02.2014 Mechernich (Nordrhein-Westfalen)

Zum dritten Mal innerhalb von zwei Monaten brennt ein Teil der Flüchtlingsunterkunft Elisabethhütte. Der betroffene Teil war bereits im Dezember niedergebrannt. Menschen kommen nicht zu Schaden. Brandstiftung ist als Ursache wahrscheinlich.

Quelle: Kölner Stadt-Anzeiger

20.02.2014 Merseburg (Sachsen-Anhalt)

Ein aus dem Zug steigender somalischer Asylbewerber wird im Vorbeigehen von zwei Männern rassistisch beschimpft. Dann schlagen sie auf ihn ein, so dass er zu Boden geht, und treten ihn. Erst als ein Zeuge eingreift, flüchten die beiden Täter. Der Staatsschutz vermutet einen rassistischen Hintergrund und ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung. Auf einer facebook-Seite war zuvor rassistisch gehetzt worden.

Quelle: MDR

21.02.2014 Waltershausen (Thüringen)

Nach Aussage der Heimleitung der örtlichen Gemeinschaftsunterkunft in Waltershausen werden Flüchtlingskinder auf dem Schulweg von Unbekannten angesprochen und rassistisch beleidigt.

Quelle: L'Amitié Multikulturelles Zentrum Stadt- und Landkreis Gotha e.V.

24.02.2014 Merseburg (Sachsen-Anhalt)

Bereits zum zweiten Mal in einer Woche wird ein Flüchtling in Merseburg tätlich angegriffen. Dem 41-jährigen Algerier wird in einer Bahnunterführung mit der Faust ins Gesicht geschlagen, so dass er eine Nasenbeinfraktur erleidet. Die Polizei nimmt einen Täter fest und ermittelt in Richtung eines rassistischen Motivs.

Quelle: MDR

NPD, Neonazis, Rechtspopulisten: Akteure und Strategien der Mobilisierung

Die Recherchen des ARD-Magazins *Report Mainz* ergaben: Im Jahr 2013 veranstaltete die NPD 47 Demonstrationen gegen Flüchtlinge und geplante Unterkünfte. Damit ist die NPD einer der wichtigsten neonazistischen Akteure in der Debatte, die an bestehende Vorurteile und Ressentiments in der Gesellschaft anknüpft. Die Art und Weise, wie die rechtsextreme Partei das Thema für ihre eigenen Zwecke instrumentalisiert, unterscheidet sich dabei von Region zu Region. Mal verbreitet sie unverhohlene Hetze, dann wiederum versteckt sie ihre Propaganda hinter einem vermeintlich harmlosen »Kümmerer«-Image.

Ein mögliches NPD-Verbot wird auf lange Sicht keine Entspannung in die Situation bringen. Zum einen wird sich das Verbotverfahren voraussichtlich über einen langen Zeitraum ziehen – die rechte Hetze gegen Flüchtlinge geht in dieser Zeit weiter. Im Zuge der Europawahlen 2014 ist durch den Hardliner Udo Voigt als NPD-Spitzenkandidat mit einer Verschärfung des Tonfalls zu rechnen.

Außerdem ist die NPD beileibe nicht der einzige Akteur der extremen Rechten in der Diskussion, es stehen genug andere für die Rolle des Scharfmachers bereit: Rechtspopulistische Parteien wie »Pro NRW« und »Pro Deutschland« oder die Neonazi-Partei »Die Rechte« betreiben eine nicht minder menschenfeindliche Stimmungsmache, hinzukommen lokale rechtsextreme Gruppierungen.



Am 26.10.2013 demonstrieren Anhänger von »Pro Deutschland« in Berlin gegen vermeintlichen »Asylmissbrauch«. (Foto: Maurizio Gambarini)



Stefan Hartung, Kreisvorsitzender der NPD im Erzgebirge, am 26.11.2013 bei einer rechten Demo im sächsischen Schneeberg (Foto: Ralf Harde)

Regional gibt es große Unterschiede: Es sind nicht ausnahmslos organisierte Neonazis, die hinter den Protesten stehen. Rechtspopulisten und auch Teile der Bevölkerung sorgen mit teils hart gesottenen rassistischem, teils naiv-unbedarftem Protest dafür, dass das Klima vor Ort zunehmend vergiftet wird.

Immer wieder fallen hier auch Vertreter der »Alternative für Deutschland« (AfD) auf: Im thüringischen Greiz ist es 2013 ein erklärtes AfD-Mitglied aus dem Umfeld der Neonazi-Szene, das die lokale Hetze gegen das Flüchtlingswohnheim maßgeblich organisiert – der Kreisverband der AfD will sich daraufhin von ihm trennen. In Hamburg-Harburg spricht ein AfD-Vertreter im Januar 2014 von der »Belastung« durch »so viele Flüchtlinge« und behauptet umstandslos im gleichen Atemzug, die Kriminalität sei »sprunghaft angestiegen ... seit wir hier diese extreme Zuwanderung haben« – ohne den geringsten Beleg dafür zu haben (*Hamburger Abendblatt* 25.01.2014). AfD-Parteichef Bernd Lucke sind Stimmen aus dem rechten Lager nicht unrecht. In einem Interview mit dem *Handelsblatt* vom 15. Mai 2013 erklärte er: »Grundsätzlich ist es gut, wenn jemand uns wählt und nicht die NPD.« Im Bundestagswahlkampf 2013 goss er auch selbst Öl ins Feuer, indem er Zuwanderer bei einer Rede in Frankenthal als »eine Art Bodensatz« bezeichnete. Die Grenzen zum Rechtspopulismus werden durch solche Aussagen mehr als diffus. Zudem werden der Partei durch die Medien immer wieder personelle Verflechtungen in die ultrakonservative bis antidemokratische Szene hinein nachgewiesen (z.B. in der ARD-Sendung *Monitor* vom 17.10.2013).

Die Strategie der »Bürgerlichkeit«

Der Erfolg, den die NPD mit ihrer Agitation in Schneeberg hatte, ist auf ihre Strategie des »bürgerlichen« und »seriösen« Images zurückzuführen. Sie knüpft an das lokalpatriotische Denken der Bürgerinnen und Bürger an. Durch »radikale Seriosität«, wie Vertreter der Partei diese Strategie selbst nennen, ist es der NPD zumindest in Schneeberg gelungen, eine Masse zu organisieren, bei der es von den Teilnehmenden in Kauf genommen wird, an der Seite der rechtsextremen Partei zu demonstrieren.

Diese Taktik der NPD – sich eben nicht mehr offen rassistisch und antisemitisch in der Öffentlichkeit zu präsentieren – ist besonders durch den ehemaligen NPD-Vorsitzenden Holger Apfel geprägt. Apfel, der von 2011 bis Dezember 2013 den Parteivorsitz innehatte, stand dafür, extrem rassistische Inhalte möglichst »bürgernah« zu verpacken. Dabei tritt die Parteizugehörigkeit zunehmend in den Hintergrund. Und auch bei den derzeitigen Protesten sind es nicht die ehemals platten Parolen wie »Ausländer raus«, die Anwohnerinnen und Anwohner von Flüchtlingsunterkünften auf die Straße bringen, sondern unaufrichtige Forderungen nach »Mehr Mut zur Demokratie«. Damit verschleiert die neonazistische Partei gekonnt ihre Ideologie und platziert sich problemlos mitten in die Gesellschaft. Inwieweit sich allerdings die »Wolf im Schafspelz«-Taktik der NPD durch den neuen und als wesentlich radikaler geltenden Vorsitzenden Udo Pastörs ändern wird, bleibt abzuwarten.

Vor allem das Mitwirken von Neonazi-Frauen verpasst den Protesten dabei ein bürgerliches und harmloses Image: NPD-Aktivistinnen wie Maria Fank aus Berlin oder Gitta Schübler, Landtagsabgeordnete der NPD, inszenieren sich medienwirksam als »besorgte Mütter«, die sich um das Wohl der Frauen und Kinder der »deutschen« Bevölkerung sorgen. Die so betriebene Emotionalisierung der Debatte macht eine Rückkehr zu sachlichen Argumenten umso schwieriger.

»Ich bin kein Nazi, aber...«

»Dass wir die Ausländer nicht wollen, das stimmt nicht«, kommentiert eine Frau bei der Sondersitzung in Vegesack. »Schneeberg ist nicht braun, definitiv nicht«, heißt es aus Sachsen. Und auf der Seite der »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« steht immer wieder geschrieben: »Ich bin kein Nazi, aber ...«. Die Abgrenzung vom Nationalsozialismus und neueren Erscheinungen der extrem Rechten spielt eine zentrale Rolle bei den Äußerungen protestierender Bürgerinnen und Bürger. Niemand will in die »rechte Schmuddel-Ecke« gestellt werden, der Protest versucht sich salonfähig zu inszenieren. Immer wieder wird betont, dass es lediglich um »legitime Bürgerinteressen« gehe, die nicht mit rassistischen Einstellungen in Verbindung zu bringen seien.

Die Neonazis haben kein Problem damit, diese Behauptungen mitzutragen und selbst in die Welt zu setzen – egal ob auf Kundgebungen oder in den Kommentarspalten der zahlreichen Facebook-Seiten. Ganz gezielt wird versucht, sich selbst als »Opfer« zu inszenieren und die eigenen repressiven Methoden auf die Gegenseite zu projizieren. Es wird von einer angeblichen »Schuld-Kultur« in Deutschland gesprochen, in der »linke Faschisten« immer wieder »die Nazikeule« schwingen würden. Die Presse wird als »Lügenorgan« betitelt und der Untergang der »Meinungsfreiheit« herauf beschworen. Unter dem zivilen Deckmantel angeblicher »Volksinteressen« und »patriotischer Heimatsliebe« versuchen Neonazis, die Proteste als legitim zu verkaufen und auch nicht-rechte Bürgerinnen und Bürger einzubinden.

Zwischen »radikaler Seriosität« und offener Hetze: Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte

Berlin-Hellersdorf: Bugwelle aus Vorurteilen

Berlin-Hellersdorf steht seit dem Sommer 2013 als Symbol für rassistische Hetze gegen Flüchtlinge. Die ehemalige Schule in der Carola-Neher-Straße, die als Unterkunft für Geflüchtete dient, hat weit über die Stadtgrenzen Berlins eine Diskussion entfacht: über Rassismus gegen vermeintlich »Fremde«, selbsternannte Bürgerinitiativen, die sich gegen Flüchtlinge gruppieren, und Neonazis, die diese Stimmung für ihre eigenen Zwecke nutzen.

Bürgerversammlung als Ort rassistischer Hetze

Anfang Juli wird im Bezirk Marzahn-Hellersdorf vom Bezirksbürgermeister Stefan Komoß (SPD) und der Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales Dagmar Pohle (Linke) eine Bürgerversammlung geplant. Grund der für den 9. Juli angesetzten Versammlung: In dem Berliner Bezirk soll eine neue Unterkunft für Flüchtlinge entstehen. Der Abend soll den Anwohnerinnen und Anwohner daher die Möglichkeit geben, mit den anwesenden Politikerinnen und Politikern, dem Heimbetreiber, der Polizei und dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) über die Pläne ins Gespräch zu kommen und offene Fragen zu klären.

Zu diesem Zeitpunkt ist dem Bezirk, der Kirche und dem zuständigen Landesamt bereits bekannt, dass Neonazis massiv zu der Veranstaltung mobilisieren. Der Flüchtlingsrat Berlin hatte den Bezirk als Veranstalter im Vorfeld mehrfach darauf hingewiesen und dringend angeraten, Expertinnen und Experten im Umgang mit Rechtsextremismus, etwa von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, einzubeziehen. So ist am Veranstaltungsabend die Polizei zwar massiv präsent, doch der Bezirk verzichtet auf die Unterstützung der Mobilien Beratung. Sie hätte den Veranstaltern Hinweise geben können, als sich nach und nach ein Neonazi-Funktionär nach dem anderen zu Wort meldet.

Auch der Andrang überfordert die Organisatoren der Versammlung: Statt der zunächst erwarteten 100 kommen 1.000 Teilnehmende – die Veranstaltung wird vom Evangelischen Kirchenzentrum auf einen Schulhof verlegt. In der Menschenmenge befinden sich etwa 100 bis 150 Neonazis, die es durch geschickte Platzierung schaffen, weitgehend Kontrolle über den Zugang zum Publikumsmikrofon auszuüben. Das Ergebnis: Statt von sachlichen Fragen wird die Bürgerversammlung von rassistischer Hetze und blankem Hass gegenüber Menschen, die in Hellersdorf Schutz suchen, bestimmt.

Geballte Ladung an Vorurteilen

Nicht nur das Auftreten der Neonazis, sondern auch die Reaktionen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger sind schockierend. Immer wieder werden von ihnen rassistische Zwischenrufe und Sprechchöre geäußert. Im Ergebnis bestimmen menschenfeindliche Vorurteile, tief sitzende Ressentiments und diffuse Ängste das Stimmungsbild. Zwar sind auch 150 Angehörige der Berliner Flüchtlings-Unterstützerszene vor Ort, doch die Polizei gewährt ihnen nicht den gebotenen Schutz vor den anwesenden Neonazis.

Neugegründete Bürgerinitiative als Tarnkappe für NPD

Zu der Informationsveranstaltung hatte auch die neu gegründete »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« mobilisiert. Vieles deutet darauf hin, dass hinter dieser Initiative die neonazistische NPD steht: Auf dem Flugblatt, das wenige Tage vor der Versammlung an Anwohnerinnen und Anwohnern verteilt wurde, wird als Verantwortlicher Thomas Crull genannt. Crull, Mitglied der NPD, kandidierte im Jahr 2011 erfolglos in Marzahn-Hellersdorf für das Berliner Abgeordnetenhaus. Öffentlich distanziert sich die »Initiative« von »rechtswidrigen Kommentaren sowie gewaltverherrlichenden Aussagen« und will in »keinem Konsens zu einer derzeit politischen Organisation oder Partei« stehen. Die rassistische Hetze auf den eigenen Facebook-Seiten sowie das öffentliche Auftreten der Bürgerinitiative, die kein Problem damit hat, Demonstrationen zusammen mit der NPD abzuhalten, erhärten jedoch die Vermutung, dass sich dort organisierte Neonazis – nur formal – eine »bürgerliche« Tarnkappe zulegen, um an bestehende Vorurteile in den Köpfen der Anwohnerinnen und Anwohner anzudocken.

Die Wortergreifungsstrategie der Neonazis, das Denken im öffentlichen Raum subtil auf die eigene menschenverachtende Ideologie umzuleiten, hat an diesem Abend in Marzahn-Hellersdorf jedenfalls Erfolg.



Einzug der Flüchtlinge unter Polizeischutz

Am 19. August 2013 ist es dann soweit: Die ersten Flüchtlinge ziehen, transportiert von einem Blaulicht-Konvoi des Deutschen Roten Kreuzes, unter Polizeischutz in die neue Unterkunft ein – eine bedrohliche Atmosphäre, genährt durch rassistische Pöbeleien der Anwohnerinnen und Anwohner und durch die Anwesenheit organisierter Neonazis verstärkt. Kein Wunder also, dass die Hälfte der ersten 50 Flüchtlinge das Heim direkt nach der Ankunft und am folgenden Tag aus Angst vor weiteren feindlichen Aktionen wieder verlässt. »Es ist unverantwortlich, Menschen, die gerade vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland geflohen sind und ihren Herkunftsländern Schreckliches erlebt haben, in eine derart aufgeheizte Atmosphäre zu schicken«, so Georg Classen vom Berliner Flüchtlingsrat. Der Flüchtlingsrat hatte Wochen vor der Belegung nachdrücklich ein umfassendes Sicherheitskonzept unter Einbeziehung aller lokalen Akteure und der Verkehrsbetriebe gefordert, zu dessen Realisierung sich der Bezirk und LAGeSo jedoch erklärtermaßen außerstande sahen und auf die alleinige Zuständigkeit der Polizei verwiesen.

Rechtspopulisten und Neonazis instrumentalisieren Flüchtlings-Thematik

Die angespannte Situation in Berlin-Hellersdorf ruft neben der NPD auch andere Akteure der rechten Szene auf den Plan. So demonstriert die »Bürgerbewegung Pro Deutschland« wenige Tage nach dem Einzug der Geflüchteten unweit der neu eingerichteten Unterkunft. Die Kundgebung dient der rechtspopulistischen Partei nicht nur als Wahltourauf-takt für die Bundestagswahl 2013, sondern ebenso dafür, gegen die neue Unterkunft zu hetzen und deren Bewohnerinnen und Bewohnern »Ausländerkriminalität« und »Asyl-missbrauch« vorzuwerfen.



Mit Aufklebern wird in Berlin-Hellersdorf gegen das dortige Heim gehetzt.
(Foto: Rainer Jensen)

Auch die NPD versucht, mit Kundgebungen und Demonstrationen die Diskussionen rund um das Flüchtlingsheim in Marzahn-Hellersdorf für sich zu instrumentalisieren. Seit dem Einzug der Flüchtlinge hält die rechtsextreme Partei mindestens einmal im Monat eine Kundgebung im Bezirk ab – eine Strategie, die aufgeht: Während der bundesweite Trend bei der Wahl 2013 für die NPD mit 1,3 Prozent der Zweitstimmen weiterhin rückläufig ist (2009: 1,5 Prozent), verbucht sie in einigen Wahllokalen in Hellersdorf beträchtliche Erfolge. Im gesamten Wahlbezirk erhält die NPD 3,2 Prozent der Zweitstimmen. Gerade bei den Bewohnerinnen und Bewohner rund um das Flüchtlingsheim in der Carola-Neher-Straße scheint die Propaganda der NPD verfangen zu haben: Ganze 9,2 Prozent aus dem dortigen Wahllokal 618 setzten ihr Zweitstimmen-Kreuz bei der NPD, bei den Erststimmen sind es gar 11,7 Prozent. Die weiteren Wahllokale in der direkten Umgebung der Flüchtlingsunterkunft zeigen ähnliche Ergebnisse. Die Instrumentalisierung seitens der Neonazis in Form von öffentlichen Kundgebungen und rassistischen Wahlplakaten in der Umgebung der Unterkunft hat Früchte getragen – die Strategie einer gefährlichen Allianz aus rassistischen Einstellungen unter den Bürgerinnen und Bürgern sowie organisierten Neonazis, die diese Stimmung für ihre Zwecke nutzen, ist zumindest in einigen Teilen aufgegangen.

»Hellersdorf hilft Asylbewerbern«

Glücklicherweise regt sich allerdings auch Widerstand gegen die menschenverachtende Hetze: Kurz nach der eskalierten Infoveranstaltung gründet sich die Initiative »Hellersdorf hilft Asylbewerbern«. Die Freiwilligen sammeln Spenden für die Flüchtlinge, verschicken Begrüßungsschreiben in der Sprache der Asylsuchenden und setzen eine eigene Facebook-Seite auf.



Der Berliner NPD-Vorsitzende Sebastian Schmidtke bei einem Nazi-Aufmarsch in Berlin-Hellersdorf am 11.9.2013
(Foto: Marcus Golejewski)

Hinzu kommen Solidaritätsdemos und ein Solidaritätsinfopunkt am Heim, den das mit Unterstützung des Flüchtlingsrates Berlin neu gegründete Solidaritätsnetzwerk »Hellersdorf – Refugees Welcome!« organisiert. Auch die Hochschulleitung und die Studierenden der etwa einen Kilometer von der neuen Asylunterkunft entfernten Alice Salomon Hochschule für Soziale Arbeit werden maßgeblich in Runde Tische und das ehrenamtliche Engagement für die Asylsuchenden einbezogen. Lehrveranstaltungen werden in die Unterkunft verlegt, der PC-Pool der Hochschule den Asylsuchenden zugänglich gemacht.

Mit dem dargestellten Engagement gelingt es, die öffentliche Stimmung zu verändern – statt der rassistischen Stimmungsmache stehen mehr und mehr die Sorgen und Nöte der Flüchtlinge im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Wie wichtig das Engagement ist, zeigt sich nicht zuletzt zum Jahreswechsel 2013, als die Situation rund um das Heim schon wieder aus den Schlagzeilen verschwunden war: Unbekannte zündeten in der Silvesternacht Knallerbatterien an den Türen der Unterkunft und versetzen die Bewohnerinnen und Bewohner in Angst und Schrecken. Vier Wochen später werfen Unbekannte Böller durch ein offenes Fenster.

In der zweiten Jahreshälfte 2013 sind so – nicht zuletzt als Gegenreaktion auf die Aktivitäten Rechtsextremer gegen die Asylunterkunft Hellersdorf – im Umfeld neuer Asylunterkünfte in Berlin etwa fünfzehn lokale »Willkommensinitiativen« neu entstanden, die Hilfe für Asylsuchende anbieten und vor Ort flüchtlingsfeindlichen Kampagnen von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Rechtsextremisten entgegentreten. Die Willkommensinitiativen haben sich dabei in Hellersdorf und anderswo im Rahmen lokaler Netzwerke, Runder Tische, Anwohner Treffen usw. in den Bezirken mit weiteren Akteuren vernetzt wie Wohnheimbetreibern, Verantwortlichen aus Bezirksamt und Bezirksverwaltung, Ausschüssen des Bezirksparlaments, Kirchen, Wohnungsgesellschaften, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Polizei etc.



Schneeberg: 2.000 Menschen auf der Straße gegen Flüchtlinge

Nicht nur Stadtteile im urbanen Raum wie in Berlin-Hellersdorf sind mit rassistischen Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte konfrontiert. Auch kleine Gemeinden finden sich in der medialen Berichterstattung mit dieser Thematik wieder. Schneeberg, eine sächsische Kleinstadt im Erzgebirge, fällt in diesem Zusammenhang besonders auf. Sie gilt als eine der wenigen Städte, in der eine breite Masse der Bevölkerung für Proteste gegen Flüchtlinge mobilisiert werden konnte, ohne dass sich dabei Neonazis ein »bürgerliches« Image verpassen mussten.

Das Argument der »bedrohten Sicherheit«

Im Zentrum der Proteste steht die ehemalige Jägerkaserne, die im Südwesten Schneebergs liegt und in der seit Mitte August 2013 Flüchtlinge untergebracht sind. Öffentlich wahrnehmbar ist der Protest gegen die Unterkunft jedoch erst seit Ende August, als weitere 250 Flüchtlinge aus der Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz nach Schneeberg verlegt wurden – Konflikte unter den Bewohnerinnen und Bewohnern sollen zum Umzug tschetschenischer Familien nach Schneeberg geführt haben. Diese Konflikte werden von Neonazis und anderen Protestierenden gerne angebracht, wenn es um die Ablehnung der Unterkunft geht. Die Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner sei durch die Flüchtlinge gefährdet, heißt es dann – und das, obwohl seitens der Sicherheitsbehörden regelmäßig betont wird, dass es seit dem Einzug der Flüchtlinge keine vermehrten Straftaten im Umfeld der ehemaligen Kaserne gegeben habe.



Einer der rechten »Lichtelläufe« am 16.11.2013 in Schneeberg (Foto: Hendrik Schmidt)

NPD koordiniert Proteste

Politikerinnen und Politiker der NPD nutzen die Unsicherheit und das politische Misstrauen der Bevölkerung für ihre eigenen Zwecke. Die Demonstrationen, die beschönigend und zugleich heimatbezogen »Schneeberger Lichtelläufe« genannt werden, bringen 1.000 bzw. 1.800 Bürgerinnen und Bürger auf die Straße – angesichts der Tatsache, dass Schneeberg über gerade einmal 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner verfügt, eine erschreckend hohe Zahl.

Als Initiatoren und Anmelder beider Demonstrationen fungieren Stefan Hartung, Kreisvorsitzender der NPD im Erzgebirge, und der NPD-Landtagsabgeordnete Mario Löffler. In Interviews beteuern beide NPD-Politiker zwar, die Demonstrationen als Privatpersonen angemeldet zu haben, machen aber gleichzeitig unverhohlen Wahlwerbung für die NPD als »einzig wahrer Interessenvertretung der Bürgerinnen und Bürger«. Besonders Hartung inszeniert sich so gerne als Sprachrohr der Protestierenden von Schneeberg – unter ständigem Verweis auf »direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung«. Als großes Hauptziel gibt er einen Bürgerentscheid an, der über die Zukunft der Flüchtlinge in Schneeberg entscheiden soll.

»Es geht um Schneeberg« und »Wir sind das Volk«

Von den demonstrierenden Bürgerinnen und Bürgern Schneebergs fehlt eine öffentliche Distanzierung zu organisierten Neonazis und der Ideologie der NPD. Die Protestierenden scheint es größtenteils nicht zu stören, mit wem sie dort auf die Straße gehen. Bei kritischen Nachfragen geben sie stattdessen gerne an, dass sie auch mitliefen, wenn die Proteste etwa von der SPD organisiert würden. Es gehe »alleine um Schneeberg«, hört man Beteiligte in Interviews sagen.

Die Demonstrierenden sind bei den »Lichtelläufen« nicht nur mit Fackeln ausgestattet, sondern auch mit Schildern, welche die vermeintliche Heimatverbundenheit als Motivation für die Demoteilnahme in den Vordergrund stellen. Dabei kommt es zur pervertierten Umkehrung historisch bedeutsamer Slogans. So ist auf den Plakaten zu lesen »Wir sind das Volk«, eine Parole, die während der oppositionellen Montagsdemonstrationen in der DDR in den Jahren 1989 und 1990 gerufen wurde.

Solidarisierung verläuft sehr schleppend

Nicht zum ersten Mal versucht sich die NPD als »eigentlicher Vertreter des Volkswillens« zu gerieren und mit ihrer rassistischen Stimmungsmache auf bestehende Vorurteile aufzubauen. Bereits im Januar 2011 war die Debatte um eine Erstaufnahmeeinrichtung in Schneeberg von Hetze gegen Sinti und Roma unter großer Beteiligung der NPD geprägt. Aber nicht nur die neonazistische Partei heizte die romafeindliche Stimmung an: Auf der damals von der NPD initiierten Bürgerversammlung verkündete Bürgermeister Frieder Stimpel (CDU), dass wegen der geplanten Einrichtung eine ansteigende Kriminalität im Ort nicht auszuschließen sei.

Auch in der aktuellen Debatte verläuft die Solidarisierung mit den Betroffenen seitens der Politik sehr schleppend. Vor Ort gibt es keine zivilgesellschaftliche Gruppe, die sich um das Wohl der Flüchtlinge sorgt oder Mahnwachen vor der Flüchtlingsunterkunft einrichtet wie etwa in Berlin-Hellersdorf geschehen. Gegenprotest wird lediglich von Menschen aus den größeren, umliegenden Städten organisiert. Daher waren am Anfang

auch die Stimmen der NPD und der sich ihr anschließenden Bürgerinnen und Bürger die einzig wahrnehmbaren.

Erst beim dritten Schneeberger »Lichtellauf« organisieren die Parteien des Stadtrates – von CDU bis Linke – eine Kundgebung im Rahmen des Bündnisses »Schneeberg für Menschlichkeit«, nachdem beim zweiten »Lichtellauf« schon Grüne, Linke und Antifa-Gruppen protestiert hatten. Der Bürgermeister hatte in Interviews immer wieder das schlechte und touristenfeindliche Image der Stadt als Folge der medialen Berichterstattung über die »Schneeberger Lichtelläufe« beklagt. Der Fokus der Kritik liegt also auf einem befürchteten wirtschaftlichen Schaden für die Stadt anstatt auf der menschenverachtenden Haltung.

Bremen: Rassistische Eskalation bei einer Bürgerversammlung

In Vegesack, einem Nordbezirk in Bremen, agitiert die rechtspopulistische Kleinstpartei »Bürger in Wut« (BIW). Doch auch etablierte Parteien wie CDU, FDP und SPD sprechen sich im Juli 2013 gegen einen vorgeschlagenen Standort im Ortsteil aus. In der Debatte fallen nicht nur fadenscheinige Argumente gegen den Standort – auf einer Sondersitzung werden auch offen rassistische Äußerungen gegen die Flüchtlinge und die geplante Unterkunft artikuliert.

Tumultartige Szenen bei Ratssitzung

Auf einem früheren Sportplatz in Vegesack sollten für 120 Asylsuchende sogenannte Mobilbauten (Wohncontainer) aufgebaut werden. Als Reaktion auf diesen Plan der Bremer Sozialsenatorin Anja Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) wird eine Beiratssondersitzung einberufen. Mobilisiert wird mit Handzetteln, die sich entschieden gegen dieses Vorhaben aussprechen und Anwohnerinnen und Anwohner aufrufen, die Planung der Unterkunft zu stoppen. Etwa 200 Vegesackerinnen und Vegesacker folgen der Aufforderung und kommen am 4. Juli 2013 in den überfüllten Sitzungssaal. Auf die detaillierte Vorstellung der Pläne reagieren viele Anwohnerinnen und Anwohner mit höhnischem Gelächter, Pöbeleien und rassistischen Anfeindungen. Einen Tag später schreibt die *taz* von »einer Schande« und von »Vegesacks Volksmob«. Auch *Radio Bremen* berichtet von »fremdenfeindlichen Stimmungen«, der *Weser Kurier* von »Buh-Rufen« und »Gejohle« im Sitzungssaal.

»Ein Meer von Vorurteilen«

Viele der Anwesenden wettern entschlossen gegen die geplante Unterkunft – diejenigen, die sich für eine Unterkunft aussprechen, werden unterbrochen, durch Zwischenrufe gestört und gezielt verbal angegriffen. So etwa Sabri Kurt, Sprecher der Linken, der als »Neu-Bürger« beschimpft wird. Nach der Versammlung fühlt sich Kurt persönlich verletzt und zeigt sich schockiert von den eindeutig rassistischen Äußerungen. Personen, die als »nicht-deutsch« wahrgenommen werden, müssen an diesem Nachmittag im Sitzungssaal als Zielscheibe rassistischer Ressentiments herhalten.

In einem Interview berichtet Sozialstaatsrat Horst Frehe (Bündnis 90/Die Grünen):

»Viele Bürger haben mit ausländerfeindlichen Parolen und solcher Wut gegen unsere Pläne protestiert, das hat mich auch persönlich sehr getroffen. Mein Gefühl ist, dass man in Vegesack grundsätzlich verhindern will, dass dort ein Übergangwohnheim entsteht.« Teilweise könne er die Argumente zwar nachvollziehen, diese seien jedoch von »einem Meer von Vorurteilen und Unkenntnis« geprägt.

Zynische Nazi-Parolen und blanker Rassismus

Skepsis und Ablehnung geben den Ton an – weder wird der ebenfalls anwesenden Leiterin einer schon existierenden Flüchtlingsunterkunft in Vegesack zugehört, noch haben mit ihr gekommene Asylsuchende eine Möglichkeit, sich zu äußern.

Es geht den Protestierenden eben nicht nur darum, sachlich begründete Bedenken zu äußern, sondern um die konsequente Ablehnung der Asylunterkunft und den Ausdruck rassistischer Vorurteile gegenüber den Flüchtlingen. Verstärkt wird dieser Eindruck durch Zwischenrufe wie »Arbeit macht frei« – eine Nazi-Parole, die als KZ-Torinschrift traurige Berühmtheit hat.

Letzten Endes wird die Bebauung mit 12 von 15 Stimmen abgelehnt. Stattdessen soll Ausschau nach »geeigneteren Standorten« gehalten werden. Im Herbst 2013 stimmt der Beirat der Nutzung einer anderen Freifläche zu. Im Frühjahr 2014 sollen dort schließlich Container aufgestellt werden.

Die rechtspopulistische Partei »Bürger in Wut«

Die Partei »Bürger in Wut« (BIW) hat sich im März 2004 gegründet und ist seit 2008 mit einem Abgeordneten (Jan Timke) auch im Land Bremen vertreten. In der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven hat die BIW drei Sitze. Der Sprecher der BIW-Fraktion in Vegesack, Cord Degenhard, nutzte die Beiratssitzung als Plattform für seine rassistischen Argumentationen. Er war Anfang 2012 von der CDU zur BIW übergetreten.

In ihrem Auftreten und in ihren Forderungen ist die BIW als rechtspopulistische Partei einzuordnen. Auch wenn sie sich selbst »bürgerlich-konservativ« gibt, steht hinter diesem Auftreten eine rassistische und antimuslimische Grundeinstellung. In ihren Leitlinien verkündet die BIW »gegen Multikulti-Utopien« und »ethnische Parallelgesellschaften« zu sein. Einer angeblich eindeutig bestimmbar »deutschen Identität« werden »andere Kulturen« gegenübergestellt. »Keine Partizipation ohne Integration« fordert die BIW und verfestigt dadurch rassistische Vorurteile, die sich stereotyper Bilder und eindimensionaler Darstellungen bedienen. Die BIW strebt keine wirkliche Auseinandersetzung mit Einwanderungs- oder Flüchtlingspolitik an. Ihre Agitation beschränkt sich auf puren Populismus und kulturrassistische Einstellungen.

Die NPD springt auf

Die Eskalation bei der Beiratssitzung sorgt für breite Kritik, die Parteien Die Linke und Die Grünen fordern eine Entschuldigung. Die Vorfälle in Vegesack bleiben natürlich auch



der NPD nicht verborgen. Einen guten Monat nach der Versammlung steuert die rechts-extreme Partei den Bahnhofsvorplatz von Bremen-Vegesack mit ihrem »Flaggschiff« an – für eine Kundgebung als Teil ihrer Wahlkampftour. Dieser Kundgebung stellen sich jedoch 150 Gegendemonstrierende entgegen. Sie muss schließlich von der Polizei abgebrochen werden.

Willkommensinitiative als Reaktion auf den Schock

Die Vorfälle in Vegesack wirken im Ortsteil und in ganz Bremen wie ein Weckruf. Zehn Tage später gründet sich auf Initiative des Vegesacker Ortsamtsleiters und örtlicher Pastorinnen und Pastoren eine Willkommensinitiative für Flüchtlinge: Örtliche Kirchen- und Moscheegemeinden, Sportvereine, Stadtteileinrichtungen etc. und Einzelpersonen treffen sich regelmäßig. Sie haben Kontakt zur bereits lange bestehenden Bremer Flüchtlingsunterkunft aufgenommen, informieren im Stadtteil und wollen zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner der geplanten neuen Unterkunft zur Seite stehen.



An anderen geplanten Standorten in Bremen hat »Die Rechte« danach Flugblätter in Postkästen verteilt, trat aber nicht offen auf. Stadtteilbündnisse im Vorfeld, klare Ansagen seitens der Versammlungsleiterinnen und -leiter, die prophylaktische Einschaltung von Pro aktiv gegen rechts und die aktive Teilnahme von engagierten Personen aus dem jeweiligen Stadtteil haben dies offenbar verhindert.

Neonazis im Netz

Betrachtet man die derzeitigen Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte, wird der Blick unweigerlich auch auf die sozialen Netzwerke der Gegnerinnen und Gegner der Unterkünfte gelenkt. Fast alle selbst ernannten Bürgerinitiativen sind im virtuellen Raum anzutreffen. So zählte das Projekt no-nazi.net der Amadeu Antonio Stiftung im Dezember 2013 allein auf Facebook 30 entsprechende Seiten und zwei Gruppen gegen Flüchtlingsheime. Die Verzahnung aus Offline- und Online-Protesten scheinen dabei einem Muster zu folgen, das geschickt die spezifischen Möglichkeiten des Internets nutzt: Im Schutze der Anonymität inszenieren sich Neonazis als »besorgte Bürger« und greifen vorhandene Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung auf, die sie mit ihrer rassistischen Stimmungsmache weiter schüren. Gerade die sozialen Netzwerke entfalten dabei ein hohes Mobilisierung- und Rekrutierungspotenzial. Nicht jeder, der entsprechende Seiten mit einem »Gefällt mir« kennzeichnet, ist ein Neonazi. Durch die offene Propaganda politisch klar einzuordnender Diskutierender verschärft sich jedoch schnell das Diskussionsklima – Solidarisierungseffekte treten ein. So lassen sich auch nicht-rechte Nutzerinnen und Nutzer leicht mit in den Strudel aus Aggression, Vorurteilen und Hass hineinziehen.

Gefährliche Allianzen in der Online-Welt

Die Seiten und Gruppen, die sich in sozialen Netzwerken gegen geplante oder schon bestehende Unterkünfte positionieren, sind gut vernetzt. Vermeintlich bedrohliche Zahlen und tendenziöse Artikel über angebliche »Armutseinwanderungen«, »Asylmissbrauch« und Gewalt in Flüchtlingsheimen werden munter untereinander geteilt und »gelikt«. Hierdurch soll ein bedrohliches Gesamtbild geschaffen werden, das die Ängste in der Bevölkerung noch weiter verstärkt.



Viraler Hass: Der rassistische Slogan der NPD findet sich auf zahlreichen anderen Facebook-Seiten. (Bild: Screenshot)



Für die rassistischen Proteste gegen die Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf ist Facebook die zentrale Organisationsstruktur. (Bild: Screenshot)

Bei der Namensgebung der Seiten zeigen sich große Überschneidungen: Sie variiert zwischen den Slogans »Nein zum Heim«, »XY wehrt sich« oder »Asylflut stoppen«. Letzterer ist auch auf der Facebook-Seite der NPD zu finden. Als Profilbild verwenden viele dieser Seiten einen roten Button mit dem Slogan »Asylmissbrauch? Nein danke!« Die Verwendung identischer Seitennamen und die Verlinkung zu anderen Seiten, auf denen NPD-Politiker offen agitieren, deuten auf besorgniserregende Allianzen zwischen verschiedenen Initiativen gegen Flüchtlingsheime hin. Der identische Ansatz der Webseiten kann aber auch ein Hinweis darauf sein, dass im Hintergrund tatsächlich häufig dieselben Personen am Werke sind, die sich bemühen, ihre Botschaften als weithin geteilte Einsicht von unzähligen Gleichgesinnten darzustellen.

Berlin-Hellersdorf: Facebook dient als Ort der Hetze

Eine der ersten und bekanntesten Seiten dieser Art ist die der »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« (»BI-MH«). Die Verantwortlichen der Facebook-Seite, die bis zu ihrer Löschung über 2.892 »Gefällt mir«-Angaben hatte (Stand 20.11.13), posteten selbstgeschossene Fotos von Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkunft in Hellersdorf oder bettelnden Kindern in der U-Bahn, die in den Kommentaren als störend und aufdringlich beschrieben wurden. Mithilfe rassistischer und antiziganistischer Stereotype und dazugehörigen Überschriften versuchten die Administratorinnen und Administratoren, gegen alles vermeintlich »Fremde« und »Ausländische« zu hetzen. Zudem wurden selektive Zeitungartikel gepostet, in denen über Gewalttaten berichtet wurde, die von Personen mit »nicht-deutschem« Aussehen oder Namen verübt wurden – ein weiteres Mittel, um das Vorurteil vom »gewalttätigen Ausländer« zu schüren. Unliebsame Gegendemonstrierende oder Politikerinnen und Politiker, die sich gegen die rassistische Hetze stellten, wurden mit Fotos und Namen auf den Seiten veröffentlicht, um sie so angreifbar zu machen.

Die Facebook-Seite diente jedoch nicht zur menschenverachtenden Agitation, sondern auch zur Mobilisierung von Gegenprotesten. Dass dem Mobilisierungspotenzial im Internet allerdings auch Grenzen gesetzt sind, zeigte sich bei einer Demonstration Ende Oktober 2013. Die »BI-MH« hatte zu einem sogenannten »Tag der Meinungsfreiheit« aufgerufen – gerade einmal 120 Menschen folgten dem Aufruf. Die Hälfte der Demoteilnehmenden

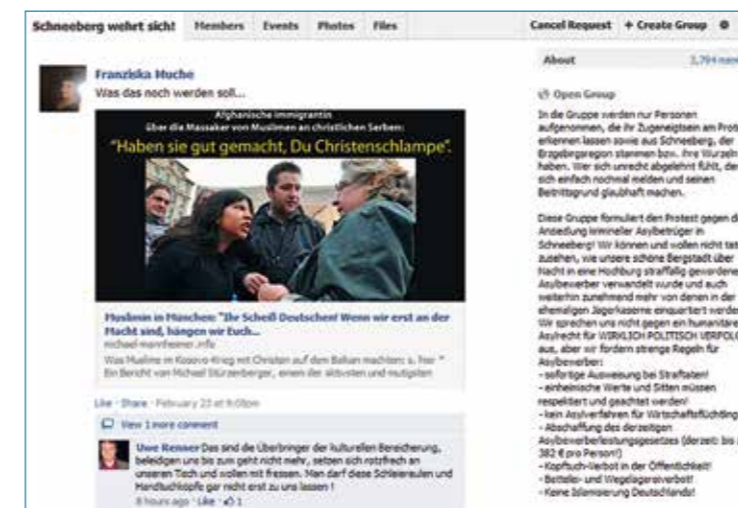
waren Anwohnerinnen und Anwohner, die den Zug hinter einem rassistischen Banner anführten. Den zweiten Teil der Demonstration bildeten organisierte Neonazis aus den Reihen der NPD.

Rassistische Karikaturen trugen zur Löschung bei

Das Gefahrenpotenzial, welches die rassistische Hetze im Netz birgt, ist nicht zu unterschätzen: Mithilfe von Fake-Profilen können Neonazis in Diskussionen einsteigen und diese ideologisch lenken, ohne dass ihre menschenverachtende Überzeugung gleich offensichtlich wird. Durch die Gründung der selbst ernannten Bürgerinitiativen verpassen sie sich zudem ein bürgerliches Image und gerieren sich als Sprachrohr eines vermeintlichen Volkswillens.

Umso wichtiger ist es, auf die Gefahren solcher Facebook-Seiten wie die der »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« hinzuweisen. Die dort betriebene Hetze ist menschenverachtend und nicht selten gewaltverherrlichend. So verwunderte es nicht, als im Herbst 2013 bekannt wurde, dass der Berliner Verfassungsschutz die »BI-MH« beobachtet, da Überschneidungen beim Personal und den propagierten Inhalten mit der lokalen NPD festzustellen seien. Die rassistischen Postings trugen dazu bei, dass Ermittlungsverfahren gegen Verfasser von Einzelbeiträgen eingeleitet wurden. Die Verwendung einer antiziganistischen NS-Karikatur sowie einer Bildmontage der Unterkunft in Hellersdorf, die an die Ku-Klux-Klan-Bewegung erinnert, führten schließlich Anfang Dezember 2013 zur Löschung der Seite.

Nur wenige Tage nach der Löschung war die Seite allerdings unter neuem Namen wieder online. Hier zeigt sich auch ein grundsätzliches Problem mit Facebook, aber auch anderen Betreibern sozialer Netzwerke. Unter Berufung auf die »Meinungsfreiheit« lassen diese ein derartiges Treiben oft viel zu lange zu. Gerade Facebook ermöglicht den selbst ernannten »Bürgerinitiativen« Seiten aufzusetzen, die als zentraler Organisationspunkt der rechten Hetze gegen Flüchtlinge fungieren – ohne dass sich Betreiber etwa per Impressum aus ihrer Anonymität heraus bewegen müssten. Offene Plattformen für Online-Aktivismus wie »Change.org« oder »Open Petition« wurden zeitweise von der »BI-MH« genutzt, um rassistische Petitionen zu verbreiten. Trotz entsprechender Hinweise wollte



Angewandte Deutschenfeindlichkeit oder vermeintliche Ausländerkriminalität sind beliebte Themen auf den Seiten der selbst ernannten Bürgerinitiativen – entsprechende tendenziöse Artikel werden munter geteilt. (Bild: Screenshot)

etwa Change.org die problematischen Inhalte nicht als rassistisch oder rechtsradikal erkennen und duldet sie lange Zeit.

»Schneeberg wehrt sich« – auch im Internet

Auch die Bürgerinitiative aus Schneeberg versucht, mithilfe des Internets neue Anhängerinnen und Anhänger zu gewinnen. Die Facebook-Gruppe »Schneeberg wehrt sich« verfügt über 3.796 eingetragene Mitglieder (Stand Februar 2014). Wie in der Offline-Welt fungieren auch hier Politiker der NPD wie Stefan Hartung und Nico Illert als Administratoren. Anders als bei der Seite der »BI Marzahn-Hellersdorf« dient keine Facebook-Seite, sondern eine Gruppe als virtueller Ort um »Protest gegen die Ansiedlung krimineller Asylbetrüger in Schneeberg zu formulieren«. Während Seiten lediglich gelikt werden, tritt man Facebook-Gruppen bei – in manchen Fällen entscheiden die Administratoren der Seiten erst über eine Aufnahme in die Gruppe. »Schneeberg wehrt sich« steht allerdings allen Facebook-Nutzerinnen und Nutzern offen. Das Bekenntnis, das von einem solchem Gruppenbeitritt ausgeht, ist dennoch nicht zu unterschätzen.

»Schneeberg wehrt sich« dient vor allem dem Austausch über vergangene Demonstrationen: Selbstgedrehte YouTube-Videos und Fotos sollen die angeblich besondere Stimmung der »Schneeberger Lichtelläufe« belegen. Im Fokus stehen zudem die Aktionen des Bürgermeisters und der etablierten Parteien sowie zivilgesellschaftliche und antifaschistische Proteste – und das nicht selten auf bizarre Art und Weise: So empören sich nicht wenige Gruppenmitglieder über die Nazivergleiche, die von Medien und Gegendemonstrierenden gezogen werden. Ein Kommentar weiter veröffentlichen unzweifelhaft Neonazis Fotos von dem angeblichen »gewalttätigen« linken Protest, die beweisen sollen, dass die »Gewalt im Staat gegen die freie Meinung und Mitbestimmung des Volkes von Links ausgeh[e]«. In Anbetracht der Tatsache, dass bei dem letzten »Schneeberger Lichtellauf« ein Journalist von Teilnehmern zusammengeschlagen wurde, bei dem Gegenprotest jedoch keinerlei gewalttätige Ausschreitungen stattgefunden haben, ist diese Behauptung schlichtweg falsch. Kommentare von organisierten Neonazis, die jeglichen Gegenprotest als »kriminell« diffamieren, finden dennoch viel Zustimmung und Verständnis von Bürgerinnen und Bürgern in dieser Facebook-Gruppe.

Soziale Netzwerke ermöglichen niedrigschwellige Kontaktaufnahme

Gerade die Facebook-Gruppe »Schneeberg wehrt sich«, die von der NPD ins Leben gerufen wurde, verdeutlicht, wie im Internet Neonazis gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern gegen »die etablierten Parteien und Gutmenschen« hetzen. Die Propaganda, die in sozialen Netzwerken verbreitet wird, spiegelt zwar nur Vorurteile und Einstellungen wieder, die auch in der Offline-Welt existieren. Trotzdem können Facebook und Co. zur Aktivierung von rassistischen Bürgerprotesten beitragen. Durch eingerichtete Gruppen, Seiten oder Veranstaltungen wird in kürzester Zeit und ohne viel Aufwand eine hohe Zahl an Menschen zu Protestaktionen mobilisiert. Die Kontaktaufnahme zu organisierten Neonazis auf Seiten wie »Schneeberg wehrt sich« gestaltet sich niedrigschwelliger als ein Besuch beim wöchentlichen NPD-Stammtisch. Durch die bewusst bürgerliche Inszenierung von privaten Neonazi-Profilen wird zudem eventuell bestehendes Misstrauen gegenüber Ideologie und Person beschwichtigt.



Zum Glück formiert sich auch im Netz Widerstand gegen rassistische Hetze – so etwa auf der Facebook-Seite »Hellersdorf hilft Asylbewerbern«.
(Bild: Screenshot)

Widerspruch und Flüchtlingssolidarität ist auch im Internet notwendig!

Auch die Art und Weise, wie Diskussionen in Kommentarspalten großer und kleinerer Zeitungen und anderer Website-Betreiber geführt werden, verstärkt rassistische Vorurteile. So gehören eine angebliche »Deutschlandfeindlichkeit« oder das vermeintliche Problem der »Ausländerkriminalität« zu den Standardthemen dieser Seiten, wenn es um die Wirkungen von Flüchtlingsunterkünften geht. Das Bedrohungsszenario, das derart aufgebaut wird, schafft einen gefährlichen integrativen Charakter der Diskussion. Die vorhandenen Ängste und Sorgen in der Bevölkerung werden so in rassistische Bahnen gelenkt. Hier lesen auch viele Leute mit, die sich (noch) nicht der Neonazi-Szene zuordnen. Kenntnisreiches Einmischen, Fakten nennen und Mitdiskutieren sind daher sinnvoll, um dumpfe Parolen nicht unwidersprochen stehen zu lassen.

Wichtig ist es auch, bei jeder Facebook-Diskussion genau hinzuschauen: Wer versteckt sich hinter den Kommentaren und wer diskutiert da eigentlich mit wem? Ein kurzer Klick genügt meist schon, um die NPD- oder Kameradschaftszugehörigkeit anhand von Fotos und »Gefällt mir«-Angaben auf Profilen zu erkennen. Genauso gut lässt sich durch diese kurze Recherche auch erkennen, ob da »ein ganz normaler« Bürger rassistische Parolen verbreitet oder doch ein überzeugter Rechtsextremer. Durch diese Recherche und Einordnung der Profile kann auch das weitere Vorgehen angepasst werden: Organisierte Neonazis verfügen über ein geschlossen rechtsextremes Weltbild und sind somit Gegenargumenten kaum zugänglich. Personen, die bislang lediglich »anradikalisiert« sind, können hingegen noch häufig für Diskussionen gewonnen werden. Oft genug hat sich gezeigt, dass reines Unwissen zu rassistischen Vorurteilen geführt hat.

Zudem ist es hilfreich, sich mit anderen Engagierten online zu vernetzen, wie das Beispiel der Facebook-Initiative »Hellersdorf hilft Asylbewerbern« zeigt. Auf dieser Seite, die über 12.000 »Gefällt mir«-Angaben hat, wird nicht nur zu Protesten gegen die rassistische Bürgerinitiative aufgerufen, sondern auch zu Spendenaktionen für die Bewohnerinnen und Bewohner des Heims in der Carola-Neher-Straße. Der Protest in der »Offline-Welt« findet somit auch im Internet seine Verbreitung – und findet hier großen Anklang. Soviel Solidarität und Engagement zahlen sich aus: Die Helferinnen und Helfer der Initiative wurden Ende Oktober 2013 mit dem Preis der Zivilcourage ausgezeichnet, der jedes Jahr vom Förderkreis »Denkmal für die ermordeten Juden Europas e.V.« gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin verliehen wird.

Politik, Medien und Zivilgesellschaft – nicht alles ist wie früher

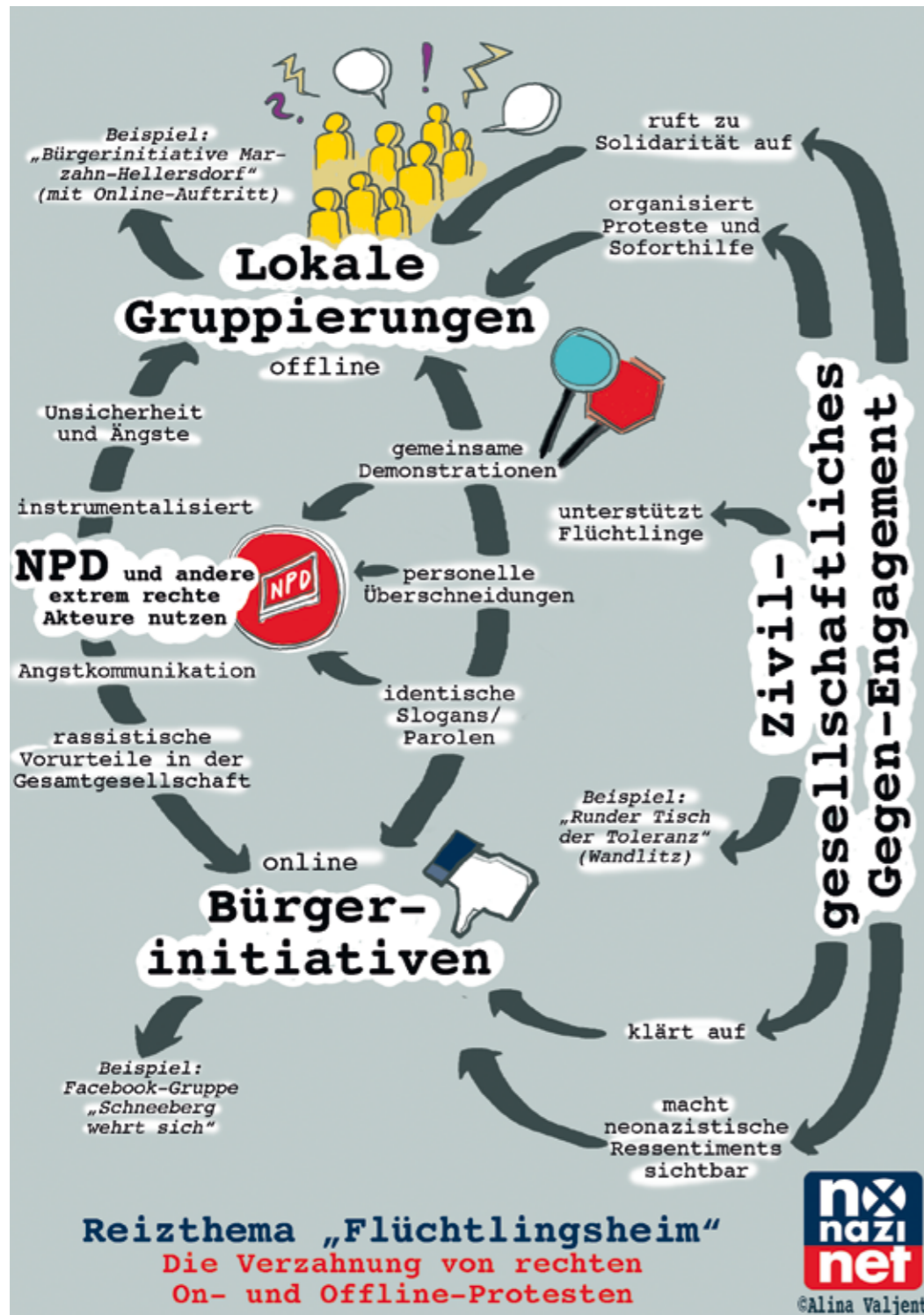
In den frühen 1990er Jahren betreibt die damalige konservative Bundesregierung eine strikte Anti-Asyl-Politik. Führende Politiker verbreiten rassistische Parolen, sprechen von »Asylschwemmen« und »vollen Booten«. Auch in den Medien werden derartige Bilder oft unreflektiert übernommen. Das Ergebnis ist eine menschenverachtende Grundstimmung, die auf politischer Seite in der Drittstaatenregelung und damit der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl mündet. Diese Stimmung findet ihre Eskalation in den gewalttätigen Pogromen in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und in den Mordanschlägen von Solingen und Mölln. Damals waren es nur wenige, die auf die Verflechtung von extrem rechten Strukturen und den in der Gesellschaft tief verankerten Rassismus und das darin bestehende Gewaltpotenzial hinwiesen.

Heute schrecken die rassistischen Proteste vor Flüchtlingswohnheimen auf. Sie wecken Erinnerungen an die 1990er Jahre, an die rassistischen Ausschreitungen und menschenfeindlichen Übergriffe jener Zeit – zum Beispiel an die tagelangen, pogromartigen Gewaltexzesse vor der Flüchtlingsunterkunft Rostock-Lichtenhagen zwischen dem 22. und 26. August 1992. Für Neonazis haben die Ausschreitungen gegen die »Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber« und ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter noch heute einen besonderen Stellenwert. Bei einer Bürgerversammlung in Berlin-Hellersdorf 2013 trugen etwa mehrere teilnehmende Rechtsextreme T-Shirts mit der Aufschrift »22.-26.8.1992« – eine eindeutige Anspielung auf die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen.

In Güstrow, einer Stadt in Mecklenburg-Vorpommern, schmierten Unbekannte am 22. April 2013 an das Haus des Bürgermeisters die Parole »Lichtenhagen kommt wieder« – im Ort befindet sich ein Flüchtlingsheim, das bereits 1992 mit Molotow-Cocktails angegriffen wurde. Der Landkreis Güstrow gilt als eine Hochburg der neofaschistischen Szene in Mecklenburg-Vorpommern. Hier organisierte die NPD im März und Mai 2013 Demonstrationen gegen die Asylunterkunft mit rund 300 Teilnehmenden. Bei den letzten Kommunalwahlen 2009 hatte die rechtsextreme Partei 3,2 Prozent erzielt. Die Opferberatungsstelle LOBBI dokumentierte neben Aufkleber- und Sprühaktionen sowie gezielten Sachbeschädigungen an Gemeinschaftsunterkünften auch konkrete Bedrohungen und tätliche Angriffe gegen Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkunft.

Dennoch kann die rassistische Hetze und Gewalt im Jahr 2013 nicht mit den Ausschreitungen Anfang der 1990er Jahre gleichgesetzt werden. Die rassistisch unterfütterte »Empörung« in Berlin-Hellersdorf, die weitgehend abgefangen werden konnte, ist nicht vergleichbar mit den haltlosen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen und die Drohgebärden von Neonazis bei den »Lichtelläufen« von Schneeberg sind nicht gleichzusetzen mit der exzessiven Gewalt, der die Vietnamesinnen und Vietnamesen in Hoyerswerda vor den Augen der Polizei ausgesetzt waren.

Die flüchtlingspolitische Ausgangssituation erinnert dabei durchaus an den Beginn



Der Protest gegen Flüchtlingsunterkünfte scheint einem Muster zu folgen: On- und Offline-Aktivitäten zeigen sich dabei eng miteinander verknüpft.

der 1990er: Die Flüchtlingszahlen steigen sprunghaft an, Kommunen müssen in kurzer Zeit neue Unterkünfte finden. Der Grund: Die Flüchtlingszahlen schwanken immer und steigen nach Jahren der Abnahme gerade an, jedoch in deutlich geringerem Maß als Anfang der 1990er. Da die Kommunen über Jahre hinweg keine Unterbringungskonzepte entwickelt haben, müssen sie nun in kurzer Zeit neue Unterkünfte finden. Großunterkünfte, in denen je nach Ortsgröße 50, 100 oder sogar mehr Menschen gemeinsam unterkommen sollen, machen Flüchtlinge im öffentlichen Raum wieder deutlich sichtbar – Neonazis, die in ihren »Überfremdungs«-Szenarien an den gefühlten (und manchmal auch von den Medien sogenannten) »Flüchtlingsansturm« anknüpfen können, nehmen das Thema dankbar auf. Die gesellschaftliche Realität indes ist heterogen, die schlichten Botschaften verbreiten sich heute nicht so ungehemmt wie damals.

Politik macht Vorurteile

Insgesamt erhalten rechte Parteien wie die NPD, »Pro Deutschland« und andere in Deutschland vergleichsweise geringe Resonanz. Problematisch wird es immer dann, wenn rechtspopulistische Positionen von etablierten Parteien aufgegriffen werden. Anfang der 1990er, als die Zentrale Aufnahmestelle in Rostock-Lichtenhagen angegriffen wurde, äußerte sich der damalige Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) zum Thema des »Asylmissbrauchs« auf einer Pressekonferenz in Rostock: »Wir müssen handeln gegen den Missbrauch des Asylrechts, der dazu geführt hat, dass wir einen unkontrollierten Zustrom in unser Land bekommen haben von Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen und nicht weil sie politisch verfolgt sind.«

Seiters Aussage steht sinnbildlich für eine Kampagne, die zu jener Zeit parteiübergreifend gefahren wurde. Doch auch heute gibt es bedenkliche Stimmen: So erklärte etwa am 15. Juli 2013 der amtierende Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) angesichts der gestiegenen Asylantragszahlen in einer Pressemitteilung, nun müsse »der Aufenthalt derer, die nur aus missbräuchlichen oder asylfremden Gründen zu uns kommen, schnell beendet werden.« Er grenzte sie von den »tatsächlich Schutzbedürftigen« ab und unterstellte so, der Anstieg der Asylanträge sei maßgeblich auf Asylmissbrauch zurückzuführen. Unerwähnt blieb die Tatsache, dass die Hauptherkunftsgebiete der Asylsuchenden – zum Beispiel Syrien, Afghanistan, Nordkaukasus, Iran – überwiegend geprägt sind von Krieg, Gewalt und/oder einer katastrophalen Menschenrechtslage. Stattdessen fütterten die »Missbrauchs«-Unterstellungen den rassistischen Protest.

Glücklicherweise erhält auch ein Bundesinnenminister heutzutage für seine Thesen nicht mehr eine derart unreflektierte Zustimmung von Parteien und Medien wie vor 20 Jahren. Politikerinnen und Politiker sowie die Medien haben dazugelernt. Und so gibt es auch zahlreiche »Faktenchecks«, die allzu schlichte Thesen entlarven, es gibt Widerspruch und Distanzierung, und es gibt seit einigen Jahren überdies teilweise eine engagierte, unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten ausgeleuchtete Darstellung von Flüchtlingsschicksalen auch in wichtigen Leitmedien.

Natürlich berichten in Zeiten, in denen das Thema Flüchtlinge Konjunktur hat, auch solche Medien darüber, die wenig Expertise haben und falsche Behauptungen und rassistische Bilder gegebenenfalls unbewusst übernehmen. Hier steht die Politik in besonderer Verantwortung – vor allem auch auf der lokalen Ebene. Es ist für das allgemeine Empfinden enorm wichtig, ob ein Bürgermeister die steigende Zahl von Flüchtlingen beklagt

und damit Flüchtlinge indirekt selbst für Unterbringungs-Engpässe verantwortlich macht oder ob er ein Problem sachlich und lösungsorientiert angeht. Und es macht auch in der Signalwirkung einen Unterschied, ob versucht wird, Flüchtlinge möglichst in normalen Wohnungen unterzubringen oder ob man von vornherein Massenunterkünfte plant. Gerade die zentrale Unterbringung von Flüchtlingen grenzt diese sichtbar aus der Gesellschaft aus und macht sie zum potenziellen Angriffsziel. Darüber hinaus signalisiert etwa die Sachleistungsversorgung (beispielsweise wenn Flüchtlinge an der Supermarktkasse mit Gutscheinen statt Bargeld zahlen müssen), dass ihre Gleichwertigkeit in Frage gestellt ist.

Wenn Flüchtlinge öffentlich diffamiert werden, ist es wichtig, dass Politikerinnen und Politiker sich unmissverständlich von Diskriminierung und rassistischen Denkmustern distanzieren. In vielen Städten Deutschlands gibt es heute das gemeinsame Bemühen von Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern, nicht nur für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen zu sorgen, sondern darüber hinaus eine Willkommenskultur und Integrationspolitik zu etablieren, die Rassismus und Ausgrenzung von vornherein das Wasser abgräbt.

Eine starke Zivilgesellschaft ist der Schlüssel gegen Rassismus

Anders als in den 1990ern gibt es auch eine Zivilgesellschaft, die gut aufgestellt und vernetzt ist und sich klar gegen rassistische Mobilmachung positioniert. Es ist zuletzt einem breiten Netzwerk von Initiativen, Flüchtlingsorganisationen und engagierten Einzelpersonen zu verdanken, dass in vielen Städten Diskussionen nicht nur um die Betroffenheit der Bevölkerung kreisen, sondern die Solidarität mit den Flüchtlingen und ihre Schicksale in den Fokus rückt.

Oftmals ist es zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, dem öffentlichen Druck und der Politik zu verdanken, dass es einen Gegenpol zu den rassistischen Parolen gibt. Diese Gegenstimmen haben in Schneeberg gefehlt. Es wird nicht über eine sinnvolle, humane Unterbringung und Flüchtlingspolitik diskutiert, sondern ausschließlich über die Sorgen und Ängste der Anwohnerinnen und Anwohner. So bleiben die Schicksale der geflüchteten Menschen im Dunkeln, sie erscheinen als anonyme Masse, Empathie und Solidarität bleiben auf der Strecke.

Nicht selten bilden sich erst Bündnisse gegen Vorurteile und Rassismus, wenn es um das Image eines Ortes geht. In Schneeberg positionierte sich der Bürgermeister Frieder Stimpel (CDU) in Reden gerne gegen die NPD und bezeichnete den Ort als »weltoffen«. Doch erst als in der Touristeninformation der 15.000-Einwohner-Stadt Briefe eintrafen, in denen potenzielle Gäste wegen des »Nazi-Images« von einem Besuch absahen, wurde die Initiative »Schneeberg für Menschlichkeit« gegründet. Den möglichen »Schaden, den Gaststätten, Hotelgewerbe, Dienstleistung und Einzelhandel zu spüren bekommen könnten«, wollte der Bürgermeister nach eigenen Angaben durch die Gründung der Initiative vermeiden. Die Sorge um das Image von Schneeberg und die Auswirkungen auf den Tourismus stehen also im Fokus der Bemühungen – nicht aber die Solidarität mit den betroffenen Flüchtlingen.

Rassismus hat viele Gesichter

Rassistische Vorurteile gegen Flüchtlinge sind kein Problem von marginalisierten Bevölkerungsgruppen – menschenverachtende Einstellungen sind in allen sozialen Strukturen und Milieus vorzufinden. Rassismus passt sich seiner Umgebung an und findet eine

seiner Umwelt entsprechende Ausprägung: So äußert er sich in privilegierten Gegenden etwa darin, dass mit angeblich sinkenden Grundstückswerten argumentiert wird, sobald es um ein Flüchtlingsheim geht. Der eigene Wohlstand wird durch die Geflüchteten als bedroht angesehen oder aber sie werden als »unproduktiv« betrachtet – Forderungen nach Ausschluss von sozialen Leistungen werden laut.

In Gegenden mit einer hohen Arbeitslosigkeit rückt die eigene missliche Lage in den Vordergrund der Debatte: »Warum kümmert sich jemand um die Asylbewerber, aber nicht um uns?« ist ein in Berlin-Hellersdorf oft gehörtes Argument. Geflüchtete werden als Mitverursacher sozialer Ungleichheiten und als »ökonomische Last« betrachtet, unter denen die »Bürgerinteressen« zu leiden hätten.

Es findet eine Verschiebung der »Problemlage« statt: Anstelle der Thematisierung sozialer und wirtschaftlicher Missstände vor Ort wird die »Flüchtlingsthematik« in den Vordergrund gerückt und eine sachliche Auseinandersetzung verhindert. Dadurch treten altbekannte Muster auf, in denen Flüchtlinge als »Sündenböcke« für verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik herhalten müssen.

Unsicherheiten und Ängste ernstnehmen

Rechtsextreme und Rechtspopulisten nutzen Unwissenheit, aufkommende Ängste und Vorurteile, um diese in rassistische Argumentationsmuster zu gießen. Dort, wo es Unzufriedenheit und Skepsis gegenüber der Politik gibt, bieten sie scheinbare Lösungen an und stellen sich als »Alternative« zu den etablierten Parteien dar. Mit allzu schlichten oder gar falschen Behauptungen über »Armutszuwanderung« versuchen sie etwa, Erklärungen zu politisch komplexen Problemen wie der Eurokrise zu liefern und transportieren gleichzeitig ihre rassistischen Inhalte.

Eine sachliche Debatte fehlt in vielen Orten völlig, oftmals trifft Unwissenheit auf rassistische Ressentiments und emotionale Vorbehalte. Flüchtlinge werden zu einer einheitlichen Gruppe zusammengefasst, kriminalisiert und »als fremd« stigmatisiert. Dadurch entstehen identitätsstiftende Momente: Der Zusammenhalt untereinander wächst, da das Feindbild »des Flüchtlings« klar umrissen ist.

Die Ängste und Unsicherheiten der Bürgerinnen und Bürger sollten ernst genommen werden – und zwar im Hinblick auf das dahinter stehende Potential vorurteilsgeprägter Annahmen. Denn häufig sind es stereotype Bilder und manipulierte Ängste, die rassistische Haltungen bedienen sowie tief sitzende rassistische Vorurteile, die bei den »Protesten« in Erscheinung treten. Diese sind nicht gleichzusetzen mit neonazistischer Ideologie, doch schaffen sie einen Nährboden, auf dem NPD und andere extrem rechte Strukturen problemlos aufbauen können. Die Aufklärung über die Not von Flüchtlingen, die Interessen und Politik der »Festung Europa«, das Asylrecht und die Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland sind gerade derzeit enorm wichtig, um der Ausbreitung plumper Vorurteile entgegenzuwirken.

Zur Prävention gehört unbedingt die Bildung: die frühzeitige und sachliche Information über die Fakten, zum Beispiel zur Einwanderungsgesellschaft, zur Flüchtlingssituation und zu Menschenrechten. Sie sollte nicht nur einschlägig aktiven Vereinen oder akut auf den Plan gerufenen antirassistischen Gruppen überlassen bleiben, sondern genereller Bestandteil der Erziehung in Kindergärten, Schulen oder in der Erwachsenenbildung sein.

»Asylsuchende werden als rechtlose, als illegale Menschen betrachtet«

Prof. Dr. Andreas Zick ist Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Der Forscher arbeitet unter anderem seit 2002 an der Langzeitstudie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit. Im Interview erläutert er die gesellschaftliche Grundlage und die sozialpsychologischen Dynamiken der aktuellen Feindschaft gegenüber geflüchteten Menschen.



Laura Piotrowski: Wie weit verbreitet ist menschenverachtendes Gedankengut im Alltag?

Prof. Dr. Andreas Zick: Seit 2002 messen wir in der Studie zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die Einstellungen in Deutschland. Dabei erheben wir repräsentativ und können sagen: Das Ausmaß von menschenverachtendem Gedankengut ist quer durch alle Bevölkerungsgruppen verteilt, egal ob alt oder jung, arm oder reich. Im Zeitverlauf sind manche Einstellungen zurückgegangen, wie Sexismus und Homophobie. Aber wir haben einen deutlichen Anstieg von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit oder der Abwertung von Langzeitarbeitslosen zu verzeichnen.

Als neue Elemente prüften wir im Jahr 2011 die Abwertung von Asylsuchenden sowie von Sinti und Roma. Beide Themen geraten durch die derzeitige politische Entwicklung in Nordafrika und die EU-Osterweiterung in den Fokus. Aktuell ist eine stärkere Zuwanderung aus diesen Gebieten zu verzeichnen. In der deutschen Bevölkerung schlägt sich das sehr kritisch nieder. Hier stimmt fast die Hälfte der Menschen der Aussage zu »Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrer Heimat verfolgt zu werden.« Ebenso denkt fast die Hälfte der Menschen »Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.«

Aus welchen Gründen steigt die rassistische Ablehnung, von der ja die Ablehnung Asylsuchender ein Element ist?

Wir müssen uns eher fragen, warum etwas nicht ansteigt. In Bezug auf Sexismus und Homophobie streben alle gesellschaftlichen Ebenen Diskriminierungsschutz an. Es gibt langjährige Programme und eine verstärkte Sensibilisierung. Hier greifen gesellschaftliche Schutzmechanismen.

Bei der Feindlichkeit gegenüber Minderheiten, wie Behinderten wohnungslosen Menschen, Asylsuchenden oder eben Sinti und Roma zeigt sich hingegen ein deutlicher Anstieg. Diese Gruppen sind gesellschaftlich weniger geschützt und in der Meinung vieler auch weniger wert. Allein ein Drittel der Bevölkerung beurteilt Menschen nach ihrem ökonomischen Mehrwert. Und auch hier zeigt sich durch die Wirtschaftskrise ein Anstieg. Menschen reagieren individuell auf Krisenprozesse, machen persönliche Desintegrationserfahrungen, es kommt zu sozialer Entsicherung. Das ist nach jeder Wirtschaftskrise so. Sobald es wieder etwas zu verteilen gibt, steigt die Angst, selbst nichts zu haben oder seinen gesellschaftlichen Status zu verlieren.

Wie sind nun aber die Ausschreitungen und wochenlangen Proteste gegen die Aufnahme von Flüchtlingen einzuordnen?

Hier wiederholt sich die Flüchtlingsdebatte aus den 1990er Jahren. Es gibt massive Vorurteile gegen angebliche Wirtschaftsflüchtlinge. Die negativsten Einstellungen kommen aus den höchsten Bildungsschichten. Das ist paradox! Normalerweise tritt bei den Hochgebildeten der Effekt ein, dass sie wissen, ob eine Frage auf Rassismus abzielt – und dann sozial erwünscht antworten. Aber in Bezug auf Asylsuchende und Roma zeigt sich das gar nicht. Besonders diese beiden Gruppen werden als rechtlos, als illegal betrachtet und sind so in der sozialen Hierarchie auf der untersten Stufe. Wer als rechtlos betrachtet wird, ist auch schutzlos. Das erleichtert Vorurteilsbildung und auch Angriffe auf diese Menschen.

Wir haben hier eine Art Kreislauf: Jemand wird vom Staat rechtlos gemacht, dadurch ist er schutzlos, die Gesellschaftsmitglieder nehmen ihn als rechtlos wahr und behandeln ihn dann eben auch wie eine illegitime Person. Außerdem betreffen diese Vorurteile eine ungemein heterogene Gruppe. Das lädt zu starker Verallgemeinerung ein. Hier fehlen besonders Kontakte und Erfahrungen mit den Betroffenen. Die meisten Menschen, die Vorurteile gegen Flüchtlinge haben, kennen selbst niemanden aus dieser Gruppe persönlich. Ein weiteres großes Problem ist die gesonderte Unterbringung von Asylsuchenden. Wenn Menschen an bestimmten Orten konzentriert werden, wirken sie besonders marginalisiert und sind so schutzloser, man stimmt dann viel leichter Diskriminierungshandlungen zu. Die Menschenfeindlichkeit gegenüber Flüchtlingen reproduziert so, was staatlicherseits vorgegeben wird. Und dann greifen auch gesellschaftliche Schutzmechanismen nicht.

Wenn eine Kommune schlecht auf die Aufnahme von Flüchtlingen vorbereitet ist, gestaltet sich der Prozess als unkontrolliert, unklar und ungeschützt. Die Politik wirkt, als ob sie nicht funktionieren würde, überfordert wäre. Allgemein wird Flucht immer als eine Belastung, als ein Problem für unsere Gesellschaft kommuniziert. Medial und auch politisch vermittelte Bilder von einer sogenannten »Flüchtlingsflut« oder »Armutseinwanderung« sind von vornherein negativ und erleichtern die Stereotypenbildung auf der individuellen Ebene. Menschen, die gegen Flüchtlinge eingestellt sind oder einfach wie ein größerer Teil der Bevölkerung dazu noch unentschlossen sind, kann man dann leichter beeinflussen. Sie fühlen sich von den staatlichen Institutionen allein gelassen und desinformiert, das kann eine gesellschaftliche Normalisierung der persönlichen Stereotype bewirken.

Wenn die Analyse diesbezüglich so klar ist, welche Lösungen können Sie vorschlagen?

Wir brauchen eine klare staatliche Linie für die Aufnahme von Flüchtlingen. Asyl ist ein Menschenrecht. Dazu bedarf es einer umfassenden Integrationsarbeit. Es ist enorm wichtig, auch wenn die Menschen wieder abgeschoben werden sollten. Aber für die Zeit, in der sie da sind, müssen sie in die Gesellschaft integriert werden. Mit einem guten Integrationskonzept lassen sich Vorurteile abbauen.

Das Gespräch führte Laura Piotrowski.

»Das Leiden der Betroffenen darf nicht weggeredet werden«

»Wir haben die Proteste gesehen. Die Leute sind direkt hierher gekommen.

Wir haben gespürt, dass die Leute uns hier nicht haben wollen.

Wir hatten Angst vor ihnen, Angst, auf die Straße zu gehen.«

(Zahira Alaya, Bewohnerin der Flüchtlingsunterkunft in Greiz, auf die Frage, wie sie die Proteste gegen das Haus erlebt hat, *Name von der Redaktion geändert)*

In ganz Deutschland können Flüchtlinge zu Opfern rechter Gewalt werden. Diese Gefahr reicht vom Aufbau schwerer Bedrohungsszenarien bis hin zu konkreter körperlicher Gewalt. Christina Büttner von ezra (www.ezra.de), der mobilen Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, erlebt tagtäglich, welche Folgen dies für die Betroffenen hat. Im Interview spricht sie über Mehrfachtraumatisierungen, das Verhalten der Polizei und die Rolle der Beratungsstellen.



Alice Lanzke: Wie äußert sich rechte Gewalt gegen Flüchtlinge?

Christina Büttner: Wir beobachten verschiedene Formen der Gewalt. Da gibt es zum einen Täterinnen und Täter, die aus rassistischen Motiven Menschen angreifen, die nicht weiß sind. Für die Täterinnen und Täter ist die Hautfarbe das Signal, sich ihnen gegenüber aggressiv zu zeigen – ihnen deutlich zu machen, dass sie nicht willkommen sind. Flüchtlinge erzählen uns auch von gezielten Angriffen gegen Asylunterkünfte bzw. ihre Bewohnerinnen und Bewohner.

Daneben erleben Flüchtlinge aber auch Alltagsrassismus, werden etwa von Security-Personal nicht zu Veranstaltungen hineingelassen, in Läden nicht bedient oder beleidigt. Solche Erfahrungen bekommen wir besonders häufig von Asylsuchenden berichtet, die nicht weiß sind – meistens in der Begegnung mit Menschen, die Macht ausüben.

Flüchtlinge berichten uns aber auch von Racial Profiling-Erlebnissen durch Polizeibeamtinnen und -beamte. Die Polizei erklärt hierzu immer, sie erfülle nur ihre Pflicht – etwa in Zusammenhang mit der Kontrolle der Einhaltung der Residenzpflicht. Wie oft wird bei weißen Deutschen der Ausweis kontrolliert? Nicht weiße Menschen machen diese Erfahrung ständig und nehmen natürlich den Unterschied wahr.

Wie erleben Flüchtlinge denn generell das Verhalten der Polizei?

Da gibt es ganz unterschiedliche Erfahrungen. Es liegt eben immer sehr an den Menschen. Viel zu oft wird aber leider einseitig ermittelt. Ein Beispiel: Ein Asylsuchender wurde von einer Gruppe von Männern vor einem Einkaufszentrum zusammengeschlagen. Der Betroffene wehrte sich mit Pfefferspray, welches von der Polizei dann auch sichergestellt wurde. Tatsächlich wurde gegen den Flüchtling Anzeige erstattet – und die Polizei ermittelte zunächst nur in diese Richtung. Weder wurde das Videomaterial des Einkaufszentrums als Beweismittel herangezogen, noch der Betroffene selbst befragt, der noch einige Zeit im Krankenhaus lag. Gemeinsam mit seiner Anwältin konnten wir die Polizei

allerdings schließlich dazu bewegen, in beide Richtungen zu ermitteln – auch wenn der Tatvorwurf gegen ihn erst einmal bestehen bleibt. Diese Tatumkehr erleben viele Flüchtlinge bzw. Opfer rassistischer Gewalt generell: Obwohl die Verletzungsfolge eindeutig ist, ermittelt die Polizei zunächst gegen die Betroffenen. Gerade, wenn ein Flüchtling schon einmal auffällig geworden ist, etwa in Zusammenhang mit seinem Aufenthaltsstatus, führt das oft dazu, dass er als Täter behandelt wird – und sich dann häufig auch so fühlt. Hier findet also eine Verschiebung statt.

Ein anderer Fall, der mir dazu einfällt, betrifft zwar keinen Flüchtling, beschreibt aber eine Erfahrung, die viele Flüchtlinge machen: Ein ausländischer Student, der schwarz ist, wurde zum Opfer rechter Gewalt und rief die Polizei. Deren Ermittlungsarbeit war zwar sehr gut – sie haben aber zunächst ausgiebig seinen Aufenthaltsstatus geprüft. Das hinterließ bei dem Betroffenen natürlich ein komisches Gefühl.

Und das erleben Flüchtlinge auch so?

Ja, das bekommen wir oft zu hören: Sie rufen die Polizei und es ist ganz klar, wer verletzt wurde – etwa weil jemand blutend am Boden liegt. Und anstatt sofort zu helfen, kontrolliert die Polizei erst einmal die Ausweispapiere. Hier wäre eine sensiblere Vorgehensweise wünschenswert. Das kann zum einen durch Schulungen passieren, zum anderen sollten die Beamtinnen und Beamten Beratungsstellen oder andere Institutionen hinzuziehen, die Erfahrungen mit Opfern rechter Gewalt haben. Hier wären bessere Kooperationen hilfreich. Natürlich hat die Polizei bestimmte Zwänge bei der Ermittlungsarbeit, aber Kleinigkeiten könnten große Unterschiede machen.

Kommen denn überhaupt alle Fälle von rechter Gewalt gegen Flüchtlinge zur Anzeige?

Nein. Ich denke, dass die Dunkelziffer in Deutschland viel höher ist. Für Thüringen kann ich das mit Bestimmtheit sagen.

Woran liegt das?

Es gibt verschiedene Gründe. Zum einen ist die Vernetzung zwischen den verschiedenen Stellen nicht gut genug. Von der Polizei wissen wir, dass sie oft nicht hinreichend berät darauf hinweist, wo Betroffene weitergehende Hilfen finden können. Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende verweisen nicht an die entsprechenden Stellen. Viele Flüchtlinge wissen eben nicht, an wen sie sich wenden können. Hinzu kommen die schlechten Erfahrungen, die sie häufig in ihren Heimatländern gemacht haben. Oft sind sie schon traumatisiert durch die Situation, die zur Flucht geführt hat und Erlebnisse auf der Flucht, dann kommt es zu einer Mehrfachtraumatisierung. Zudem verfügen Asylsuchende über wenig Ressourcen und Sicherheit, andere belastende Faktoren sind das Asylverfahren und existenzielle Sorgen. Manchmal leiden die Flüchtlinge dazu noch unter ganz ungunstigen Wohnbedingungen und haben dann teilweise nicht einmal die Möglichkeit, woanders hinzureisen, um sich Hilfe und Unterstützung zu suchen.

Gibt es denn im Umfeld jeder Flüchtlingsunterkunft ausreichend Hilfsangebote?

Das kommt sehr darauf an, wo sich die Unterkunft befindet. Manchmal gibt es gar keine

Ansprechpartner. In ganz kleinen Orten kann vielleicht die Kirche ein Anlaufpunkt sein – wenn es denn dort jemanden gibt. Je abgelegener die Unterkünfte sind, umso schlechter ist die Beratungssituation. Dabei ist gerade bei diesen Unterkünften die Gefahr, angegriffen zu werden, größer.

Wichtige Partner sind Organisationen, die Asylsuchende unterstützen, wie der Flüchtlingsrat, Refugio, Migrationsberatungsstellen und auch Politikerinnen und Politiker, die Gewalt gegen Flüchtlinge wahrnehmen und ansprechen.

Könnten sich Flüchtlinge denn nicht an die Leitung der Unterkünfte oder deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wenden, wenn sie angegriffen werden?

Von dieser Seite haben wir noch nie etwas gemeldet bekommen. Hier gibt es auch nur selten Kooperationen. Aus meiner Sicht liegt das an Überforderung, Desinteresse und manchmal auch an einem mangelnden fachlichen Background und damit einhergehend fehlendem Wissen.

Sind die Erfahrungen mit der Staatsanwaltschaft da besser?

Im Prinzip können wir hier nichts Auffälliges beobachten. Man kann allerdings davon ausgehen, dass ein Verfahren, wenn wir die Betroffenen begleiten, für sie weniger belastend ist. Wir stärken die Betroffenen dadurch, dass sie nicht allein zu Polizei und Gericht gehen müssen und dass wir ihnen die Abläufe erklären können. Und dann sind wir natürlich auch unabhängige Beobachter der Ermittlungsarbeit und schaffen ein Stück mehr Öffentlichkeit. Die Betroffenen bewegen sich so viel sicherer. Wir helfen auch mit Dolmetschern und nehmen uns Zeit, jeden Teil der Ermittlung und jedes Gespräch genau zu erklären.

Was passiert überhaupt, wenn sich ein Flüchtling nach einem rechten Übergriff bei ezra meldet?

Wir erfragen erst einmal, wie es dem Betroffenen geht und welche Art der Unterstützung gerade nötig ist. Nach der Schilderung der Vorfälle klären wir über juristische Möglichkeiten auf und kommen dann zu den Zielstellungen der Betroffenen: Wünschen sie Begleitung zur Polizei, finanzielle Unterstützung oder psychologische Hilfe?

Wir fragen auch immer, ob wir den Vorfall dokumentieren dürfen, um ihn in unsere Chronik aufzunehmen.

Was wäre nun insgesamt wünschenswert, um die Situation von Flüchtlingen als Betroffenen rechter Gewalt zu ändern?

Ich würde mir wünschen, dass Betroffene nicht allein bleiben müssen, dass man Probleme benennen kann und das Leiden der Betroffenen anerkannt wird und nicht aus Sorge um das Image eines Ortes weggeredet oder verschwiegen wird. Wir müssen auch sehen, was hinter jedem rassistischen Übergriff steht – denn nur, wenn man das Problem dahinter erkennt, kann man Strategien dagegen entwickeln.

Das Gespräch führte Alice Lanzke.

Geflüchtete und Asylsuchende als Betroffene rechter Gewalt

Welches Ausmaß die Gewalt gegen Flüchtlinge hat, vermittelt etwa die Internetseite www.dok-maar.de, welche deutschlandweit rassistische Aktionen und rechte Übergriffe auf Geflüchtete dokumentiert.

Im Falle eines Angriffs sollten sich Betroffene rechter Gewalt an die Opferberatungsstelle des jeweiligen Bundeslandes wenden. Diese bieten oft psychosoziale Beratung an, bereiten auf Behördengänge und ggf. einen Gerichtsprozess vor, unterstützen beim Stellen von Anträgen und vermitteln Anwälte. Doch viele Asylsuchende kennen diese Möglichkeiten nicht. Umso wichtiger ist, dass nicht nur Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft die Angebote der Opferberatungsstellen kennen und sie vermitteln. Auch die kommunalen Verwaltungen, zuständigen Ämter und Heimleitungen sollten entsprechend geschult sein. Doch gerade an diesen Stellen wird Rassismus häufig geleugnet oder einfach nicht wahrgenommen. Entsprechend selten kommt es vor, dass zuständige Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder aber Heimleitungen selbst die Opferberatungsstellen über Fälle rassistischer Gewalt gegen Flüchtlinge informieren. Dabei ist Rassismus für Asylsuchende ein allgegenwärtiges Phänomen. Umso wichtiger ist die Sensibilisierung aller Stellen.

Eine Liste von Opferberatungsstellen, Mobilen Beratungsteams (MBTs) und Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus (MBRs) gibt es unter <http://l.hh.de/opferberatung>.

Nazis mit Engagement in die Defensive bringen – das Beispiel Wandlitz

Ende Oktober 2012 wurde in der kleinen Gemeinde Wandlitz (Brandenburg) bekannt, dass eine Flüchtlingsunterkunft in einem ehemaligen Oberstufenzentrum eingerichtet werden sollte. Wie in vielen anderen Städten gründete sich auch in der Gemeinde im Landkreis Barnim kurz nach der Bekanntgabe der Pläne eine Bürgerinitiative, die mit dem Slogan »Für humane Einzelunterbringung« für eine Verlegung der Geflüchteten eintrat. Die Behauptung, dass Sammelunterkünfte kein »humanes« Leben ermöglichen könnten, fungierte als Scheinargument, hinter der sich unterschiedliche Ängste und Ressentiments in der Bevölkerung versteckten. Über die Lebenssituation der Flüchtlinge wurde in der Bürgerinitiative nicht gesprochen. Die gesamte Gemeindevertretung inklusive Bürgermeisterin setzte ihren Namen auf die eigens von der Bürgerinitiative initiierte Unterschriftenliste, um sich für einen anderen Standort auszusprechen und eine Verlegung der Flüchtlinge zu bewirken. Die daraufhin organisierte Bürgerversammlung, die mit 400 Beteiligten die größte seit der Wende darstellte, sollte Fragen aus der Bevölkerung klären. Neben vielen Bürgerinnen und Bürgern waren auch die Neonazi-Kameradschaft aus dem nahe gelegenen Bernau sowie Vertreterinnen und Vertreter der NPD anwesend.

Hausverbot für die NPD

Mathis Oberhof, Koordinator des »Runden Tisches der Toleranz« in Wandlitz war einer der ersten, der auf der Bürgerversammlung öffentlich für die Flüchtlinge eintrat. Dreizehn Monate später erinnert er sich an diesen Abend und ist sich sicher, dass es enorm wichtig war, die Ängste der Bevölkerung anzunehmen, aber trotzdem auch die Perspektive der Flüchtlinge in die Debatte miteinzubeziehen. Außerdem sei das Handeln der anwesenden Bürgermeisterin ein starkes Signal gewesen: Mit einem Verweis auf das Hausrecht wurde der NPD ein Hausverbot erteilt, sodass die verunsicherte Bevölkerung nicht durch die Argumente der Neonazis beeinflusst werden konnte. Im Nachhinein sei es enorm wichtig gewesen, dass die diffusen Ängste der Anwohnerinnen und Anwohner ernst genommen und gleichzeitig mit Fakten widerlegt worden seien. Eine pauschale Verurteilung der Bürgerinnen und Bürger als »rassistischer Mob«, warnt Oberhof, hätte keine konstruktive Auseinandersetzung bewirkt.

Engagement bewirkt Wandel

Oberhof erzählt, dass er in den darauf folgenden Tagen viele Anrufe bekommen habe, in denen sich Mitbürgerinnen und Mitbürger für seine Worte auf der Versammlung bedankt hätten. Kurze Zeit später gründeten die evangelische Pfarrerin der Gemeinde und die Wohlfahrtsverbände den »Runden Tisch der Toleranz«. In dieser Initiative engagieren sich, ganz ohne Parteieinfluss, etwa 80 Menschen aus der Gemeinde. Vor der Bürgerversammlung positionierte sich die Mehrheit der Wandlitzerinnen und Wandlitzer gegen

das geplante Heim, verbalisierte Ängste und Unzufriedenheit. Die Organisatorinnen und Organisatoren des Runden Tisches verurteilten diese Stimmung nicht, nahmen sich ihrer an und stießen in der 20.000-Einwohner-Stadt eine Debatte über die Asylgesetze in Deutschland und das Leben von Flüchtlingen an. Das Ziel, so Oberhof, sei von Anfang an gewesen, die Einheimischen mit den Flüchtlingen in Kontakt zu bringen. Durch die Spendenaktion, die der Runde Tisch ins Leben rief, wurden die bestehenden Kontakte genutzt, um Menschen zu motivieren, sich für die Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkunft zu engagieren.

Deutschkurs, Kochkurs und Fahrrad-Werkstatt

Dreizehn Monate nach der Bürgerversammlung rät Mathis Oberhof anderen Kommunen, dass die Freiwilligkeit der Menschen, in ihrer Freizeit Angebote für die Flüchtlinge zu organisieren, immer im Mittelpunkt des Engagements stehen sollte. Die daraus resultierende Bandbreite der Angebote, die für die Flüchtlinge organisiert wurden, kann sich sehen lassen: Diese reicht von Deutsch- und Kochkursen bis hin zu einer Fahrrad-Werkstatt, in der gespendete Fahrräder für Flüchtlinge aufgebessert werden. Die Fahrräder förderten direkt die Mobilität der Flüchtlinge und seien oft ihr erstes Eigentum, so der Koordinator des Runden Tisches. Zentral für alle Angebote sind die Bedürfnisse der Asylsuchenden selbst: Sie sollten nicht bevormundet, sondern nach ihren Interessen und Wünschen gefragt werden.

Eine besonders wirksame Aktion, von der Oberhof berichtet, ist auch die Arbeit eines Kinderfilm-Regisseurs aus Wandlitz, der zusammen mit Kindern aus der Unterkunft und aus der lokalen Grundschule einen Film über den Lebensalltag von geflüchteten Kindern drehte. Mitte Januar feierte er Premiere.

Durch das Engagement der Gemeinde wird nicht nur der Lebensalltag der Flüchtlinge verbessert. Vielmehr werden durch den Kontakt mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Unterkunft Vorurteile abgebaut – das beste Mittel gegen Ressentiments und rassistische Stereotype.

Runder Tisch verhindert Abschiebung

Der größte Erfolg, von dem Mathis Oberhof erzählen kann, sei jedoch die Zusammenführung der tschetschenischen Familie Betceva Ende Oktober 2013 gewesen. Die Mutter der Familie lag alleine in Deutschland im Krankenhaus, als ihr Ehemann und ihre vier Kinder in den Drittstaat Polen abgeschoben wurden. Der »Runde Tisch der Toleranz« organisierte kurz nach der Abschiebung eine Online-Petition an das Bundesamt für Migration, die von Bundestagsabgeordneten unterstützt wurde. Deutschland übernahm daraufhin das Asylverfahren, so dass die Familie wieder einreisen konnte. Der Runde Tisch kümmerte sich um eine Wohnung und Einrichtungsgegenstände.

Es kommt auf die öffentliche Meinung an

»Die Nazis lassen sich mit diesen Aktionen nicht umdrehen, aber man kann diese Menschen in die Defensive bringen«, ist sich Oberhof sicher. Als die NPD am Pfingstsonntag 2013 vor der Flüchtlingsunterkunft aufmarschieren wollte, wurden binnen 20 Stunden über 250 Menschen mobilisiert, um vor der Unterkunft Stellung zu beziehen. Mit einem antirassistischen Chorkonzert und bunter Verkleidung wurde den Bewohnerinnen und



Anwohnerinnen und Anwohner sowie Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft in Wandlitz stellen sich gemeinsam einem Aufmarsch der NPD entgegen. (Foto: Gemeinde Wandlitz)

Bewohnern des ehemaligen Oberstufenzentrums gezeigt, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung mit ihnen solidarisiert und somit öffentlich gegen die NPD positioniert. Am Beispiel Wandlitz kann man lernen, dass die Motivation von Neonazis, in einer Stadt aktiv zu sein, auch davon abhängt, wieviel zivilgesellschaftliches Engagement vorhanden ist.

Als zweiten wichtigen Faktor für die Veränderung in Wandlitz nennt Oberhof die gute Berichterstattung der lokalen Presse. Er schätzt, dass mit etwa 40 Beiträgen über die Aktivitäten des Runden Tisches berichtet worden sei. Die öffentliche Meinung in Wandlitz sei eindeutig umgedreht worden, obwohl die NPD bei der letzten Wahl nicht weniger Stimmen bekommen habe als im Wahljahr 2009.

Einbeziehung der Bevölkerung verhindert Vorurteile

Das Beispiel Wandlitz zeigt, dass eine positive Auseinandersetzung mit einer Flüchtlingsunterkunft immer auch die Anwohnerinnen und Anwohner miteinbeziehen muss. Ein wichtiger Faktor stellt auch die Art und Weise der Debatte darüber dar: Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung müssen zwar ernst genommen werden, die »Betroffenheit« sollte jedoch nicht im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen. Gerade durch das Zusammentreffen der Bevölkerung mit den Flüchtlingen konnten ganz von alleine Vorurteile abgebaut werden. Dies geschieht, wenn die Perspektive und Lebenssituation von Flüchtlingen in den Fokus der öffentlichen Debatte gerückt wird.

Was tun gegen rassistische Hetze?

Was tun, wenn sich Protest gegen eine Flüchtlingsunterkunft im eigenen Stadtteil regt? Wenn sich Bürgerinitiativen gründen, die Vorurteile und Scheinargumente in die öffentliche Debatte um eine Flüchtlingsunterkunft tragen? Was tun, wenn Neonazis ihre rassistische Propaganda konkret gegen Flüchtlinge lenken?

Folgenden Handlungstipps zeigen auf, was man im konkreten Fall bei Hetze gegen Flüchtlinge und bei rassistischen Protesten machen kann.

Gemeinsam handeln!

Eine Zusammenarbeit verschiedener Initiativen, Kirchen, Kultureinrichtungen und Vereinen erleichtert die Durchführungen von Aktionen und ermöglicht, dass Antirassismus flächendeckend verankert werden kann. Gemeinsame Kampagnen, Feste und Presseerklärungen können eine Einheit schaffen, die sich klar gegen Rassismus positioniert. Wichtig ist zudem die Vernetzung mit bereits bestehenden Flüchtlingsräten und antirassistischen Initiativen.

Informieren und aufklären!

Viele Vorurteile bauen auf Unwissen oder Fehlinformationen auf. Daher ist es wichtig, sich selbst zu informieren und andere über die Situation von Flüchtlingen, über Neonazi-Strategien und rassistische Wirkungsweisen aufzuklären. Damit bestehende Unsicherheiten und Unwissen nicht durch Neonazis beantwortet werden können, muss Rassismus auf anderen Ebenen thematisiert und abgebaut werden.

Kontakt mit Geflüchteten herstellen!

Der einfachste Weg, gegen die Ausgrenzung von Flüchtlingen aktiv zu werden und Flüchtlinge effektiv zu unterstützen, ist, in direkten Kontakt zu treten. Ein freundlicher Besuch in der Unterkunft schafft die Gelegenheit, sich kennenzulernen und die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner zu erfahren.

Fokus auf die Situation von Flüchtlingen!

Auch wenn es wichtig ist, auf rassistische Stimmen und Proteste zu reagieren, sollte man nicht bei den Sorgen und Ängsten der Bürgerinnen und Bürger hängen bleiben, sondern den Blick auf die Geflüchteten selbst lenken. Eine genaue Betrachtung der Situation von Flüchtlingen kann schon helfen, vorherige Vorurteile zu widerlegen.

Strategien von Neonazis erkennen!

Neonazis knüpfen an aktuelle, gesellschaftlich relevante Themen an, um rassistische, rechtsextreme oder demokratiefeindliche Botschaften zu setzen. Durch genaues Hinschauen können solche Muster jedoch schon frühzeitig erkannt werden. Es lohnt ein Blick dahingehend, was im Vordergrund der Kampagne steht: Geht es um die Situation

der davon Betroffenen – oder um den eigenen »Heimatbezug« und vorgefertigte, populistisch aufgeladene Meinungen?

Rechtsextreme ausschließen!

Überzeugte Neonazis haben ein geschlossenes ideologisches Weltbild, dem nicht einfach mit sachlichen Argumenten entgegengetreten werden kann. Zudem zeichnet sich die Strategie von Neonazis nicht dadurch aus, mit Diskussionen ihre Meinung voran zu bringen, sondern durch Wortergreifungsstrategien und propagandistische Meinungsmache ihre rassistischen Ansichten zu verbreiten. Deshalb ist es wichtig, eindeutig rechtsextreme Akteurinnen und Akteure von vornherein auszuschließen und sich nicht auf eine Debatte mit Neonazis einzulassen. Empfehlungen zur Durchführung von öffentlichen Informationsveranstaltungen in geschlossenen Räumen anlässlich der Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft finden sich bei der Mobilen Beratungsstelle Berlin: <http://url9.de/SKj>.

Was kann ich im Internet tun?

Gründet sich bei Facebook oder anderen sozialen Netzwerken eine Seite oder Gruppe mit rassistischen Inhalten, so gibt es immer die Möglichkeit, diese zu melden. Darüber hinaus ist es wichtig, eine Präsenz zu schaffen, die Gegenstimmen sichtbar macht und Rassismus ächtet. So haben beispielsweise als Reaktion auf die Seite der »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« Flüchtlingsunterstützerinnen und -unterstützer die Seite »Hellersdorf hilft« ins Leben gerufen.

Wer sich auf den entsprechenden Seiten der sozialen Netzwerke in die Diskussion begeben möchte, um Flüchtlinge auf diese Art und Weise zu unterstützen, sollte vor allem ruhig und sachlich bleiben. Es hilft nichts, auf die strategischen Eskalierungsversuche der Rechtsextremen einzugehen. Denn genau das ist das Ziel der Initiatoren. Besser ist es, die Diskussion auf eine neutrale Ebene zu bringen – oder zumindest auf ein Niveau, das ohne Hass auskommt. Wenn auch das nicht hilft, sollte man allerdings auch den Mut haben, Diskussionen abubrechen – wenn möglich mit erklärenden Worten.

Auch wenn es auf Dauer anstrengend sein mag, immer wieder die gleichen Diskussionen zu führen – tun Sie es. Denn Nicht-Handeln bestärkt die Aggressoren und verunsichert andere Nutzerinnen und Nutzer. Außerdem demonstrieren Sie so Solidarität mit den Betroffenen. Auf persönliche Beleidigungen oder Drohungen, Volksverhetzung oder offenen Rassismus müssen Sie darüber hinaus als Administrator eines Forums, einer Gruppe oder Seite (und das ist im engeren Sinne sogar ihre Profilseite in sozialen Netzwerken) ganz klar mit dem »Löschen« oder »Melden«-Button reagieren.

Vorsicht ist allerdings bei Stigmatisierungen geboten: Nicht sofort »Nazi« schreien. Nicht jeder, der sich auf den Seiten der Bürgerinitiativen oder anderen entsprechenden Seiten rassistisch äußert, ist gleich rechts. Jemanden in der Öffentlichkeit zum »Nazi« zu machen, kann leicht zu Solidarisierungseffekten führen. Versuchen Sie es zunächst lieber diplomatisch: »Diese Aussage/Argumentation wird auch gerne von Rechtsextremisten benutzt. Pass auf, dass du da nicht falsch zugeordnet wirst.«

Mehr Aufklärung über Neonazi-Strategien im Netz bieten die Broschüre »Viral Hass« (<http://url9.de/SKk>) oder die Broschüre »Liken. Teilen. Hetzen. Neonazi-Kampagnen in Sozialen Netzwerken« (<http://url9.de/SKm>).

PRO ASYL – Flüchtlinge haben Rechte und Anspruch auf Schutz!

PRO ASYL ist eine unabhängige Menschenrechtsorganisation, die sich seit mehr als 25 Jahren für die Rechte verfolgter Menschen in Deutschland und Europa einsetzt. Weltweit sind 45 Millionen Menschen auf der Flucht: vor Krieg, Verfolgung und Gewalt oder vor der Vernichtung ihrer Lebensgrundlage. Dabei schaffen es nur relativ wenige Flüchtlinge, die durch Hochsicherheitsmaßnahmen immer dichter abgeriegelten Grenzen Europas zu überwinden. Mehr als 19.000 Menschen fanden bislang beim Versuch, Europa zu erreichen, den Tod. Nur ein Bruchteil der weltweit gezählten Flüchtlinge kommt nach Deutschland, wo ihre Rechte oft schon im Asylverfahren missachtet werden. Soziale Schlechterstellung, vielerorts auch Ausgrenzung und die Angst vor rassistischer Gewalt prägen ihre Situation.

PRO ASYL setzt sich für eine demokratische und offene Gesellschaft ein, in der Flüchtlinge die Chance auf ein menschenwürdiges Leben haben. Neben Öffentlichkeitsarbeit, Recherchen und der Unterstützung von Initiativgruppen begleitet PRO ASYL Flüchtlinge in ihren Asylverfahren und steht ihnen mit konkreter Einzelfallhilfe zur Seite. Gemeinsam mit internationalen Partnern dokumentiert PRO ASYL die Menschenrechtsverletzungen gegen Flüchtlinge an Europas Außengrenzen und kämpft gegen Europas unmenschliche Flüchtlingspolitik.

Engagieren Sie sich mit uns für verfolgte Menschen und deren Recht auf Schutz und Hilfe. Werden Sie Mitglied bei PRO ASYL. Auch Ihre Spende ist herzlich willkommen.

Förderverein PRO ASYL e.V.

Postfach 160624
60069 Frankfurt/M.

 proasyl@proasyl.de

 www.proasyl.de

Spendenkonto

Konto 8047300
BLZ: 370 205 00
Bank für Sozialwirtschaft Köln
IBAN: DE62 3702 0500 0008 0473 00
BIC: BFSWDE33XXX

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

MIT IHRER SPENDE ODER ZUSTIFTUNG UNTERSTÜTZEN SIE DIE FÖRDERUNG VON PROJEKTEN UND INITIATIVEN GEGEN RECHTE GEWALT

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Wir glauben, dass man gegen Neonazis am wirksamsten mit Initiativen und Projekten vor Ort angehen kann: Initiativen, die sich dauerhaft engagieren und die für demokratische Kultur und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für sie und ihr Handeln wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen. In den letzten 15 Jahren hat die Stiftung bundesweit über 750 lokale Initiativen gefördert. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, die Engagierten dauerhaft zu ermutigen, Öffentlichkeit für ihre Situation zu schaffen, und sie zu vernetzen.





Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Die Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin
Telefon: 030. 240 886 10
Fax: 030. 240 886 22



 info@amadeu-antonio-stiftung.de
 www.amadeu-antonio-stiftung.de
 www.facebook.com/AmadeuAntonioStiftung
 www.twitter.com/AmadeuAntonio

Spendenkonto

Konto: 600 500 0000
BLZ: 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit eine Spendenbescheinigung zugeschickt werden kann.

